

Politische Berichte ★

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse
Postfach 260 226, 50150 Köln
Hausadresse: GNN-Verlag,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,
Telefon 02 21 / 21 16 58 Fax: 02 21 / 21 53 73

Nummer 4 / 18. Jahrgang

20. Februar 1997

G 7756 D Preis 2,00 DM

„Der deutsche Arbeitsmarkt boomt – im Ausland“

Wirtschaftsstimmen zur Arbeitsmarktlage und zur Haushaltskrise

Die Umorganisation der Gesellschaft nach der brutalen Devise „die Rendite muß stimmen und steigen“ führt zu immer mehr Problemen. Die Kapitalisten, deren Ertragslage gut ist, stehen ratlos vor der Gefährdung der öffentlichen Haushalte und der damit verbundenen Beschäftigungsproblematik. Sie müssen ernsthaft befürchten, die Maastricht-Kriterien zu verfehlen. „Stell Dir vor, die Währungsunion startet und Deutschland ist nicht dabei“, so das Handelsblatt am 13. Februar.

Für den Bundeshaushalt wird eine Haushaltssperre, sogar Haushaltssicherungsgesetze erörtert. Für Februar wird ein Anstieg der offiziellen Arbeitslosigkeit auf fast 5 Millionen erwartet. Und was sagen die Kapitalisten dazu? Ihre Sprecher kündigen bestenfalls eine Beibehaltung des Beschäftigungsstandes an, in der Regel soll der Beschäftigungsabbau weitergehen, verbunden mit Kapitalexport. Nur im Dienstleistungsgewerbe ist ein leichter Anstieg von Beschäftigungen zu beobachten – oft zu unzumutbaren Bedingungen.

Siemens-Chef von Pierer verkündete, der Belegschaftsabbau im Inland werde weitergehen. Im letzten Geschäftsjahr steigerte der Konzern die Beschäftigtenzahl im Ausland um 12.000 auf 173.000, im Inland verringerte er die Beschäftigung um 6.000 auf 203.000 Personen. Nur so könne die Eigenkapitalrendite von 10 auf 15% erhöht werden.

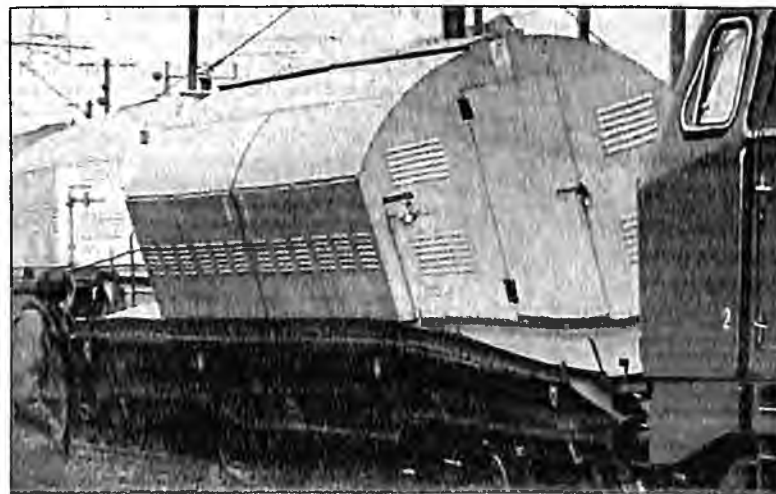
„Der deutsche Arbeitsmarkt boomt – im Ausland“ überschrieb die „International Herald Tribune“ am 14.1. einen Bericht. BRD-Konzerne hätten 1992 bis 1994 im Ausland ihre Beschäftigtenzahl um 237.000 Personen erhöht – während sie im Inland reduzierten. Vor allem die Automobil-, Elektro- und Chemieindustrie steigerten ihre Kapitalexperte kontinuierlich. Ältere Beschäftigte haben in diesen Branchen keine Chance, bis zur Rente beschäftigt zu bleiben.

Unter der Hand werden zwar Hoffnungen gemacht auf den steigenden Dollarkurs – die erhöhte Konzernrendite aus dem Warenexport könne zu mehr Beschäftigung führen, heißt es. Aber selbst ein Konzern wie die DASA, der den Flugzeugbau in den nächsten Jahren um 30% und mehr steigern will, will gleichzeitig die Beschäftigtenzahl weiter senken. Die großen Steigerungen in der Produktivkraft und die Verdichtung der Arbeit durch die neuen Technologien ermöglichen das. Wer nicht mithält, krank wird oder alt, wird gefeuert.

Auch auf dem Bau sinkt die Beschäftigung. Von den 510.000 neuen Arbeitslosen im Januar kamen 130.000 vom Bau. Wegen der Rückgänge bei öffentlichen, gewerblichen und privaten Bauaufträgen ist keine Besserung in Sicht.

Kein Wunder, daß die Zumutungen für neue Jobs immer dreister werden. Mehr als die Hälfte aller von ostdeutschen Arbeitsämtern vermittelten Jobs sind inzwischen befristet, im Westen sind es 46,6% aller neuen Jobs, berichtet der DGB. Im Einzelhandel ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten auf über 40% gestiegen – im Osten liegt er bei 60%. Der Ausbau eines Arbeitsmarktes, auf dem erheblich weniger als in Tarifverträgen vorgesehen gezahlt wird, schreitet fort, vor allem bei häuslichen Dienstleistungen, im Pflegebereich, bei der Heimarbeit, aber auch im Transportgewerbe und in der Landwirtschaft. Welche Zumutungen hier verlangt werden, kann man erraten, wenn man in den Großstädten in die Anzeigenblätter schaut. Jede zweite (zumeist polnische) Frau, die z.B. in Berlin eine Stelle als Putzfrau sucht, ergänzt dort ihre Anzeige um den Zusatz „no sex“.

Der SPD-Wirtschaftsminister von NRW, Clement, verlangt neue „Einstiegstarife“ für Arbeitslose – also eine Öffnung des Lohngefüges nach unten. Weitere Eingriffe in die Sozialversicherungen sind im Gespräch. Wie das die Probleme der öffentlichen Haushalte lösen sollen, bleibt aber völlig unklar. (rül)
Quellen: Tagesspiegel, Handelsblatt, 10.-15.2.; Presseauszüge der Bundesbank, 23.1.



Am 3. Februar entgleiste an der französischen Grenze in Apach/Lothringen ein Zug mit 3 Excellor-Behältern – einer britischen Variante der Castor-Behälter – auf dem Weg vom Lingen nach Sellafield.



10.000 Postbeschäftigte waren am 15. Februar in 52 Städten im Ausstand. Sie protestierten gegen Pläne der FDP, in einem neuen Postgesetz ab 2002/2003 private Briefdienste, die Hungerlöhne an ihre Beschäftigten zahlen, zuzulassen. Am Montag demonstrierten 20.000 DPG-Mitglieder erneut auf einer Demonstration in Bonn. Dienstag beriet das Bundeskabinett. (rül)

Castor: NIX³ in Gorleben

Die Mobilisierung für den 5. März läuft an

Am 3. Februar entgleiste an der französischen Grenze in Apach/Lothringen ein Zug mit 3 Excellor-Behältern – einer britischen Variante der Castor-Behälter – auf dem Weg vom Lingen nach Sellafield. Am gleichen Tag erlitt ein Lokführer beim Transport von 2 Castor-Behältern aus dem AKW Krümmel einen Schwächeanfall, zum Glück ohne Unfall. In Hanau kam es zur Entgleisung eines Atom-Zuges, als ein Waggon von den vereisten Schienen rutschte. Auch hier Glück: die Behälter waren leer.

Trotzdem steht für den niedersächsischen Innenminister Glogowski fest, daß ab dem 3. März 6 Castor-Behälter in Richtung Gorleben rollen sollen. 2 davon kommen aus La Hague, 1 aus dem AKW Grundremmingen, und das AKW Neckarwestheim liefert gleich 3. Im Anmarsch sind auch 42 Polizeihundertschaften aus Niedersachsen, die anderen

Bundesländer haben noch einmal dieselbe schlagkräftige Anzahl von ca. 5.000 Polizisten zugesagt. Auch der BGS ist wieder dabei. Bereits im Vorfeld sollen die Bahnstrecken bei Mannheim und Dannenberg bewacht werden.

Auf der Seite der AKW-Gegner wächst der Zusammenhalt. Trotz aller Bespitzelungs- und Kriminalisierungsversuche im Landkreis Gorleben „gegen Bauern und gewöhnliche Bürger“ – so die FR vom 15.2. – gehen die Vorbereitungen und erfolgreiche Aktionen weiter: Greenpeace konnte den für den 27. Januar geplanten Brennelemente-Transport aus Krümmel um eine Woche verzögern. Protest gab es am 13. Februar in Berlin vor und auf der Hauptaktionärsversammlung der Siemens-Atom-Mafia, 15 Atomkraftgegner blockierten am 14. Februar zwei Stunden lang zwei Container mit Atom Müll für das „Endlager“ Morsleben. Rebecca Harms von den Grünen attackiert die niedersächsische Landesregierung mit Anfragen zur Tragfähigkeit der Bahnbrücken auf der Castor-Transportstrecke. Telefonketten entstehen, Plakate kleben, Veranstaltungen finden statt, ganze Häuser werden im Landkreis für die Aktionstage gemietet.

Neben den vielen kleinen Initiativen in Stadt und Land rufen Bündnis 90/Die Grünen aus Kiel und Hannover gegen den Castor-Transport auf. Beim Aufruf des Arbeitskreises „ak - analyse & kritik“ heißt es: „Für die Anti-AKW-Bewegung ist der Widerstand gegen die Castor-Transporte ins Wendland zu einem neuen Kristallisationspunkt geworden. Es geht nicht um die Verlagerung des Problems auf neue Transportrouten, in neue Zwischenlager oder gar in die Plutoniumfabriken in Großbritannien und Frankreich, sondern um den Stop der Atom-müll-Produktion.“ (E. Lechner)

AKTUELL IN BONN**Steuern: Die Konzerne zahlen immer weniger**

Waigels Steuereinnahmen gehen auch infolge einer systematischen Steuer-Vermeidung durch die großen Konzerne zurück. Das räumt inzwischen selbst die Wirtschaftspresse offen ein. Die Bundesbank etwa meldet in ihrem letzten Monatsbericht: Körperschaftssteuerertrag 1990: 31,7 Mrd. DM, 1995: 18,1 Mrd. DM. 1996 dürfte das Aufkommen auf diesem niedrigen Niveau geblieben sein. Das „Handelsblatt“ erläutert: „Die Bonner Fiskalpolitik wird von deutschen Konzernen in zunehmendem Maße strategisch sowie bilanztechnisch gekontert. Wurden Anfang der 90er Jahre im Schnitt noch 47% des erwirtschafteten Gewinns an den Staat abgeführt, so waren es 1995 nur noch 38%, also immerhin neun Prozentpunkte weniger.“ (14./15.2.) Von einer „Spitzenbelastung deutscher Unternehmen“ durch die Steuergesetze also keine Spur, obwohl genau das in der derzeitigen Bonner Diskussion um eine weitere Senkung der Unternehmenssteuern von den Verbandssprechern der Kapitalisten immer wieder wahrheitswidrig behauptet wird.

SPD: 60 Mrd. DM „umschichten“

SPD-Fraktionschef und der NRW-Wirtschaftsminister Clement sind sich einig: Die Regierung müsse sofort mindestens 60 Mrd. DM angeblich „versicherungsfremde Leistungen“ der Sozialversicherungen aus den Versicherungsbeiträgen herausnehmen und durch Steuern finanzieren, wenn die Lohnabhängigen auf der Einkommenseite und die Kapitalisten auf der Lohnkostenseite entlastet werden sollen, behaupten beide. Dann ließe sich nämlich der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 2,5% und der zur Rentenversicherung um 2,3% senken, behaupten beide Politiker. Nur so sei eine Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt und bei der Nachfrage zu erreichen, behauptet die SPD. Waigels angekündigte Steuerreform werde dagegen konjunkturell gar nichts bewirken, zumal sowieso keiner daran glaubt. Als Finanzierung denkt die SPD an eine Energiesteuer oder die Anhebung der Mehrwertsteuer.

Gesundheitsreform: Schlußberatung

In dieser Woche sollen in Bonn die Schlußberatungen über die sogenannte „dritte Stufe der Gesundheitsreform“ von Seehofer stattfinden. Die FDP will versuchen, die gesetzliche Ausgabenbegrenzung für die Ärzte zu lockern – z.B. durch „Richtwerte“. Seehofer wird alle Belastungen für die Pharmaindustrie vermeiden, so daß die Richtung, in der sich die Koalitionspolitiker verständigen wollen, erkennbar wird: Die Kranken sollen zahlen. Der „Gestaltungsspielraum“ der Kassen bei Kuren, häuslicher Pflege, Fahrtkosten u.a. soll erweitert werden, bei Zahnersatz soll der Patient künftig direkt den Zahnarzt bezahlen und sich dann bei der Kasse um eine Erstattung bemühen.

Bis Mitte März sollen die Beratungen um das „2. Krankenversicherungs-Neuordnungsgesetz“ im Bundestag abgeschlossen sein, damit das Gesetz zum Sommer in Kraft tritt.

Auch Seehofer entdeckt „versicherungsfremdes“

Die ausufernde Debatte um die sogenannten „versicherungsfremden Leistungen“ hat auch CSU-Gesundheitsminister Seehofer inspiriert. 4 Milliarden DM „versicherungsfremde Leistungen“ hat der Minister in der Krankenversicherung entdeckt, und zufällig decken sich diese Entdeckungen mit seinem stockkatholischen Weltbild: „Maßnahmen zur Empfängnisverhütung, Sterilisation, künstliche Befruchtung und Zahlungen für Schwangerschaftsabbrüche“ zählt der Minister in der Öffentlichkeit auf, die er am liebsten sofort aus der Krankenversicherung herausnehmen würde.

Kanther hetzt: Ausländer sind kriminell

Bundesinnenminister Kanther will sein Programm zur Verfolgung von Ausländern, offensichtlich ermuntert durch Prognosen, wonach die „Republikaner“ und andere in Umfragen Zulauf haben, verschärfen. Auf einer Tagung mit den CDU-CSU-Innenministern in Dresden forderte er den Bundesrat auf, die von ihm im Vorjahr vorgelegten Gesetze zur weiteren Beschleunigung von Abschiebungen endlich zu verabschieden und nicht länger zu blockieren. Daß die staatliche Repression und die Verweigerung aller Bürgerrechte hunderttausende hier lebende Ausländer in die Kriminalität oft regelrecht hineintreibt, leugnet der Minister einfach. Kanther klebte stattdessen diesen Ausländern wieder einmal einen offenbar persönlichen Hang zur Kriminalität an, indem er auf der Tagung behauptete: „Organisierte Kriminalität ist in Deutschland vornehmlich ein Phänomen der illegal im Lande lebenden Ausländer“.

Eurofighter: Industrie will 20 Milliarden DM von Bonn

20 Milliarden DM Aufträge erwartet die Rüstungsindustrie aus dem Geschäft mit dem „Eurofighter“. Diesen Preis soll angeblich Verteidigungsminister Rühe den Konzernen schon für die Beschaffung von 180 Kampfflugzeugen zugesagt haben. Die formelle Beschlussfassung im Bundestag soll im ersten Quartal fallen, habe der Minister ebenfalls versprochen. Die Einleitung dieser Prozedur durch den Beschluß des Bundeskabinetts wurde aber Anfang Februar verschoben. Die ursprünglich für den 4. Februar vorgesehene Beschlussfassung im Kabinett fand nicht statt, meldet die Presse. Gründe für die Verschiebung des Kabinettsbeschlusses wurden nicht genannt.

Was kommt demnächst?

Am 19. Februar berät der Bundestag den Jahreswirtschaftsbericht der Regierung. Am gleichen Tag berät das Bundeskabinett über ein neues Postgesetz, bei dem die FDP ab 2002/2003 private Briefdienste durchsetzen will. CSU-Postminister Bötsch sperrt sich dagegen. Am 20. Februar steht dann Waigels Steuergesetz 1996 (Senkung der Unternehmenssteuern) auf der Tagesordnung, ebenso die Situation der Gemeindefinanzen. Am 21.2. berät der Bundesrat u.a. über Waigels Steuergesetz. Am 24. Februar ist „Steuergipfel“ zwischen Regierung und SPD.

**200.000 bei „Band der Solidarität“****Bundesregierung will Steinkohle-Subventionen kürzen**

200.000 Leute beteiligten sich am 15.2. am „Band der Solidarität“ quer durch das nördliche Ruhrgebiet. Fast 100 km zog sich die Menschenkette während der Arbeitszeit hin. Alle Einzelgewerkschaften in der Region hatten aufgerufen, ganze Rathäuser waren leer, ebenso viele Schulen. Dabei ging es etlichen Teilnehmern nicht nur um den Bergbau, sie protestierten gegen die Umverteilungspolitik der Bundesregierung. Das hinderte weder Bundesarbeitsminister Blum, noch den Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Linssen, sich in die Kette einzureihen. Auch Ruhrkohle-Chef Neipp hatte keine Probleme, gemeinsam mit Mitgliedern der NRW-Landesregierung zu demonstrieren.

„Der Bergbau braucht eine sichere Zukunft!“, hieß es auf Flugblättern der IG Bergbau und Energie. Hintergrund war die Absicht der Bundesregierung, den „Jahrhundertvertrag“ von 1991 erneut zu korrigieren und die Kohle-Subventionen stärker herunterzufahren. Im letzten Jahr erreichten sie den Höchststand von 11,2 Mrd. DM, die Belegschaften den Tiefststand von 86.000. Das Geld kassiert die Ruhrkohle AG, um

die Preise für heimische Steinkohle (280 DM/t) zum Nutzen von Stromerzeugern und Stahlkonzernen auf die der Importkohle (80 DM/t) zu senken.

Diese Subventionen sind so sicher nicht nachvollziehbar, zumal die Ruhrkohle ebenso wie alle anderen Energiekonzerne hochprofitable Unternehmensbereiche hat und an der Kohleförderung in anderen Ländern beteiligt ist. Auch zu Forderungen nach einer ökologisch tragbaren Energieerzeugung paßt die hohe Subventionierung der Steinkohle schlecht. Doch diese Gesichtspunkte kommen in der Diskussion kaum vor. Sie verläuft zwischen den öden Eckpunkten „freier Markt“ und „Kohle-Arbeitsplätze erhalten“. Forderungen nach Ausweitung des öffentlichen, insbesondere kommunalen Beschäftigungssektors, die ein Mittel gegen die sozialen Folgen eines Kahlschlags im Bergbau sein könnte, spielen bisher keine Rolle.

Auch die IGBE hat ein Konzept. Die NRW-SPD unterstützt es, bei den Unionsparteien hofft die IGBE noch auf Zustimmung – als Preis ist die Endlagerung von Atommüll im Gespräch. Das wird rot-grüne Konflikte bringen. (wof)

18. März: Aktionstag für die politischen Gefangenen**Bundesweites Koordinationstreffen ruft zu Aktionen auf**

Ein bundesweites Koordinationstreffen ruft erneut für den 18. März zu einem bundesweiten Aktionstag für Solidarität und Widerstand gegen staatliche Unterdrückung auf. Im letzten Jahr hatten in mehreren Städten Veranstaltungen, Kundgebungen und andere Aktionen stattgefunden.

Der Aufruf (dokumentiert u.a. im Angehörigen Info 191) ermöglicht den verschiedenen Bewegungen und Menschen, die mit staatlicher Repression konfrontiert sind – Antifaschisten, Betroffene in den „Radikal“-Verfahren, von Beugehaft Betroffene, die etwa 300 kurdischen politischen Gefangenen in der BRD ... – ihren Widerstand und ihre Freiheitsbestrebungen an diesem Tag zusammenfließen zu lassen.

„Die gemeinsame Verteidigung gegen Angriffe auf linke Strukturen und Personen, auf emanzipatorische Politik überhaupt und auf unsere Geschichte ist Ausdruck unseres politischen Selbstverständnisses!“ Des weiteren richtet sich der Aufruf, gerade auch im Hinblick auf den 30. Jahrestag der Erschießung Benno Ohnesorgs (2. Juni 1967) und den 20. Jahrestag des „Deutschen Herbstes“, gegen die staatlichen

Versuche, die Geschichte linken Widerstands umzuschreiben und den Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse ein für allemal zu diskreditieren. Ein weiterer Schwerpunkt des Aufrufs ist, wie im vergangenen Jahr, die Forderung nach „Freiheit für alle politischen Gefangenen! Weltweit!“ „Die Haftbedingungen politischer Gefangener in Europa gleichen sich mehr und mehr an; und weltweit kämpfen Tausende von politischen Gefangenen um das nackte Überleben und ihre Würde im Knast. Ihr Kampf richtet sich gegen Folter, Mord, Isolation und Zerstörung politischer Kollektive. Dies gilt beispielsweise für die Türkei, wo sich 10.000 politische Gefangene im Hungerstreik befanden, für Spanien, wo baskische Gefangene seit vielen Jahren für ihre Zusammenlegung im Baskenland und verbesserte Haftbedingungen kämpfen. Dies gilt für Mumia Abu Jamal, der nach wie vor gegen seine Hinrichtung kämpft, für die politischen Gefangenen in der BRD, von denen die meisten schon seit über 15 Jahren im Knast sitzen; dies gilt für die MRTA in Peru, die mit der Botschaftsbesetzung versucht, ihre gefangenen GenossInnen aus den Knästen zu holen.“ (scc)

Die deutsch-tschechische Erklärung ...

Und was kommt danach?

Mit der überraschenden Mehrheit der Stimmen (131:59) stimmte das tschechische Parlament am 14. Februar der deutsch-tschechischen Erklärung zu. Die hohe Zahl der Ja-Stimmen verursachten die Sozialdemokraten, die ihre Zustimmung mit der Annahme des folgenden Begleitbeschlusses begründeten:

„Das Parlament, nach der Anhörung des Ministerpräsidenten und des Außenministers und auf Grundlage der Regierungsbegründung, stimmt mit der Erklärung überein, die den Willen der beiden Staaten äußert, zu verhindern, daß die Vergangenheit eine Belastung für die gemeinsame europäische Zukunft wird.“

Die tschechische regierende Rechte hält die Annahme für ihren großen Erfolg. Von den oppositionellen Abgeordneten stimmten – außer ein paar Sozialdemokraten – konsequent dagegen die Kommunisten und auch die tschechischen Republikaner. Es ist zu einer Lage gekommen, in der die Argumente der Kommunisten gegen die Erklärung sich oft identifizierten mit den Stellungnahmen der äußerst rechten Republikaner, ohne daß die Kommunisten eine Weise fanden, wie sie sich von den Reps distanzierten.

Der Vorsitzende der KPTschM, Miroslav Grebeníček, ordnete die Erklärung unter den „Drang nach Osten in der neuen Gestalt“ ein. Laut den Kommunisten ist das „die Methode der ökonomischen Durchsetzung und der Unterstellung der politischen Repräsentierung einzelner Länder mit Hilfe von Interessengruppen; die unauffällige Beeinflussung des geistigen und kulturellen Lebens und auch der gesamten Konzeption der Nationalgeschichte; die Erpressung durch die Unterstützung Deutschlands beim EU- und NATO-Beitritt; die schrittweise Durchsetzung von Teilzustandnissen unter dem Motto der ‚Wiedergutmachung des Un-

Am Abend des 14. Februar verabschiedete das tschechische Parlament nach viertägiger Debatte eine Entschließung zur deutsch-tschechischen Erklärung. „Auf der Grundlage der vom Ministerpräsidenten und vom Außenminister vorgetragenen Standpunkte der Tschechischen Republik“ stimmten 131 der 200 Abgeordneten der Erklärung zu – besser gesagt: einer Interpretation, wonach in dieser Erklärung „beide Staaten ihren Willen zum Ausdruck bringen, zu verhindern, daß die Vergangenheit zur Belastung der gemeinsamen europäischen Zukunft wird“. Die Formulierung wurde von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Stanislav Gross vorgeschlagen. Sie soll, so sagte Gross, durch die Erwähnung der Reden des Ministerpräsidenten und des Außenministers ausdrücklich festhalten, daß das Potsdamer Abkommen weiter gilt, die

KOMMENTARE:

Tschechisches Parlament:
Erklärung gilt,
Potsdamer
Abkommen
auch

tschechische Rechtsordnung unangetastet bleibt und die Eigentumsansprüche von Sudetendeutschen ein für allemal erledigt sind. Die Regierungsparteien hatten sich lange gegen eine

derartige interpretierende Erklärung gestraubt. Sie hatten sogar eine Version, die unmittelbar nach Beginn der Debatte zwischen dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Miloš Zeman, und Ministerpräsident Klaus ausgehandelt worden war, gekippt. Da die Mehrheit der Sozialdemokraten in diesem Punkt hart blieb, mußten sie aber schließlich dem von Gross eingebrachten Vorschlag zustimmen. Nur so konnte vermieden werden, daß die Erklärung mit ein paar weni-

gen Stimmen Mehrheit durchs Parlament geschrammt wäre.

Die „Erklärung“ wird durch den Zusatz nicht besser. Aber so einfach, wie man es in Bonn gern hätte, ist es doch nicht, die Tschechen nach Bonner Pfeife tanzen zu lassen. Das ist besser, als wenn die Erklärung einfach so verabschiedet worden wäre. Die deutsche Seite hat keinen Zweifel daran gelassen, daß für sie von der ganzen Erklärung nur die Passagen von Bedeutung sind, die politische Zugeständnisse der tschechischen Regierung beinhalten. Bonn ist durch die Erklärung wieder ein Stück weitergekommen in seinen Bemühungen, Osteuropa unter seine Fuchtel zu bringen und sich auf diese Weise freie Hand gegenüber Rußland zu verschaffen. Zusammen mit den antiimperialistischen Kräften, die sich in den betroffenen Ländern zur Wehr setzen, dagegen Widerstand zu leisten, ist Aufgabe von Friedenspolitik hierzulande.

Renate Hennecke

rechts und der Versöhnung; die Trennung der bilateralen Verhandlungen vom internationalen Kontext und aus dem Rahmen der völkerrechtlichen Verträge der Nachkriegsordnung; die Schaffung der Bedingungen für die Verstärkung der deutschen Minderheiten in den Nachbarländern und die Möglichkeit, sich in die inneren Angelegenheiten und in die Souveränität dieser Länder einzumischen unter dem Motto des Schutzes dieser Minderheiten; die schrittweise Unterordnung der einzelnen Länder unter die direkte Machtkontrolle der deutschen Regierungskreise und des transnationalen Kapitals, das sich auf die BRD-Politik und auf die Konzeption des deutschen Europas stützt.“

In den Streit um die deutsch-tschechische Erklärung hatte sich kurz vor ihrer Behandlung im tschechischen Parlament auch Präsident Václav Havel eingemischt. Wie aus der Kanzel (Havel nimmt an laufenden Diskussionen nicht teil) ertönte seine Stimme, die warnte, daß die Ablehnung der Erklärung „eine große Schande für die Tschechische Republik, ein großer Schlag gegen ihre Interessen wäre“. Aber nicht genug damit. Um die tschechischen Bürger von den Oppositionsparteien abzurufen, die grundsätzlich gegen die Erklärung sind (vor allem handelt es sich um Kommunisten, aber auch um die tschechischen Reps, die heuchlerisch die nationalistische Karte spielen, nachdem die anti-

kommunistische Karte ihnen nicht mehr reicht), erklärte Havel, daß diese Parteien „dem Staat, seinem Interesse schaden“. So bekräftigte der tschechische Präsident die riesige Regierungspropaganda, die um jeden Preis die Erklärung verteidigte, sehr oft mit dem „Argument“: Wenn es schon untergeschrieben ist, muß man das auch gut heißen.

Die Experten (Juristen, Historiker, Publizisten u.a.), die in der CR in der Arbeitsgruppe vereinigt sind, die sich mit der Analyse der Erklärung befaßt, bezeichnen die Erklärung als „einen Anfang der ganz neuen politischen Richtung, als ein Weggehen von der mehr als einhundertjährigen tschechischen Bemühung um die Befreiung von der einseitigen Abhängigkeit und um einen eigenen Staat“. Außerdem, so die Experten, „verrät die tschechische Seite mit der Erklärung ihre Verbündeten im zweiten Weltkrieg. Und abgesehen von der falschen einführenden historischen Bewertung schließt die Erklärung nicht die Vergangenheit, sondern begründet die Unsicherheit über die politischen und eigentümlichen Fragen in der Zukunft.“

Die Vertreter der Sudetendeutschen Landsmannschaft und ihre Paten äußern schon jetzt, wie sie diese Zukunft sehen. „Wenn wir nun eine Erklärung vorgesetzt bekommen, die die Bundesregierung und die tschechische Regierung als Grundlage für ihre staatlichen Beziehungen werten, dann ist das für uns kein Grund zur Resignation“, kann man in der „Sudetendeutschen Zeitung“ Nr. 3/1997 lesen. „Unser Verhältnis zum tschechischen Staat ist nicht das der Bundesrepublik ... Die Erklärung mag die Beziehungen zwischen Bonn und Prag von Störungen durch die Vergangenheit freihalten. Unsere Beziehungen zu Prag sind damit aber noch lange nicht in Ordnung. Da die Erklärung keinen wirklichen Schlußstrich enthält ..., können wir mit der Erklärung nach wie vor an unserem Ziel weiterarbeiten ...“ Und was sind die potentiellen Mittel der sudetendeutschen Politik? „Wir können uns in den Jugendaustausch einschalten, Beteiligungen an Projekten der Zukunft fördern, die besonderen Beziehungen unserer Landsleute als Basis für ihren Aufenthalt in Böhmen bekräftigen. Niemand verbietet uns in der Erklärung, weiterhin für die Aufhebung der Beneš-De-

krete und andere unserer Ziele zu arbeiten.“

Der bayerische Ministerpräsident ist der gleichen Meinung: „Es (die Erklärung, d. Verf.) ist auch kein Schlußstrich, und wenn das die Tschechen anders sehen, ist das deren Sache ... Spätestens bei der geplanten EU-Erweiterung müßten sich die Tschechen unangenehme Fragen gefallen lassen, wenn der tschechisch-sudetendeutsche Dialog dann noch immer nicht in Gang gekommen sei“ (Sudetendeutsche Zeitung Nr. 5/1997).

Und in der „Erklärung von CDU/CSU-Abgeordneten zur Abstimmung über die Deklaration“ steht, daß „die Deutsch-Tschechische Erklärung ... weder Schlußstrich noch Abschluß im deutsch-tschechischen Verhältnis (bedeutet). Sie ... individuellen Rechtsansprüche nicht berührt und zu den offenen Fragen des deutsch-tschechischen Verhältnisses keine abschließende Regelung enthält.“ Und was sehr erstaunlich ist, die CDU/CSU-Abgeordneten meinen ganz eindeutig, daß „das Recht (der Sudetendeutschen) auf die Heimat ist durch die Erklärung nicht verwirklicht. Wir anerkennen allerdings, daß durch die Erklärung und den dazugehörigen Briefwechsel Wege zu einem Daueraufenthaltsrechts in der Tschechischen Republik eröffnet werden, wodurch auch Eigentumserwerb möglich wird. Wir erwarten, daß in der weiteren Ausgestaltung der deutsch-tschechischen Beziehungen vor allem im Vorfeld der Mitgliedschaft der Tschechischen Republik in der EU weitere konkrete Möglichkeiten zur Verwirklichung des Heimatrechts folgen“ (Sudetendeutsche Zeitung Nr. 6/1997).

Die Frage, „wozu eine solche Erklärung“, scheint ganz berechtigt zu sein.

e.h., Plzen

Tschechische Stimmen zu der Erklärung ...

Václav Havel: Die hohe Zahl der Stimmen für die Erklärung ist ein bedeutender Schritt im Aufbau der gutnachbarlichen Beziehungen mit Deutschland und der Friedensbeziehungen in Europa.

Außenminister Josef Zieleniec: Es beginnt die neue Etappe in den Beziehungen mit Deutschland. Die Etappe der standardmäßigen Politik der guten Nachbarschaft, weil der Grund, den die Erklärung schafft, zu einer Beruhigung der Atmosphäre zu Hause und auch in Deutschland führen wird.

Jiri Mastalka, KPTschM-Abgeordnete und Mitglied im Außenausschuß: Es ist unbegreiflich, daß die Mehrheit im Parlament ablehnte, für die Nullität des Münchner Diktats, für die Gültigkeit der Beneš-Dekrete, für das Recht auf Reparationen und für die Entschädigung der Nazi-Opfer zu stimmen.

... und dann Stoiber, „Schirmherr der Sudetendeutschen“

„Es (die Erklärung, d. Verf.) ist auch kein Schlußstrich, und wenn das die Tschechen anders sehen, ist das deren Sache ... Spätestens bei der geplanten EU-Erweiterung müßten sich die Tschechen unangenehme Fragen gefallen lassen, wenn der tschechisch-sudetendeutsche Dialog dann noch immer nicht in Gang gekommen sei“ (Sudetendeutsche Zeitung Nr. 5/1997).

Die Begleiterklärung des tschechischen Parlaments:

„Das Parlament, nach der Anhörung des Ministerpräsidenten und des Außenministers und auf Grundlage der Regierungsbegründung, stimmt mit der Erklärung überein, die den Willen der beiden Staaten äußert, zu verhindern, daß die Vergangenheit eine Belastung für die gemeinsame europäische Zukunft wird.“ (eig. Übersetzung)

Snímovna po vylučnutí předsedy vlády a ministra zahraničních věcí a na základě tohoto vládního odůvodnění souhlasí s deklarací, která vyjadřuje vůli obou států zabránit tomu, aby byla minulost záležitostí společné evropské budoucnosti.



Das gesamte Führungsgremium der baskischen Linkspartei Herri Batasuna (= „Unidad Popular“), die aus 24 Personen bestehende Mesa Nacional; und außerdem noch Joseba Pemarrich Martin, Stadtrat für Herri Batasuna (HB) in Donostia (San Sebastian), sind vom Obersten Gerichtshof (dem Tribunal Supremo) diesen Februar als Angeklagte vorgeladen worden. Die Beschuldigten lehnen es sämtlich ab, sich vor diesem Gericht zu verantworten. Insofern ergehen jeweils Haftbefehle, und die Betroffenen werden ins Gefängnis gebracht. Am Morgen des 10. 2. waren bereits 5 HB-Aktivisten inhaftiert: Floren Aioiz, Adolfo Araiz, Itziar Aizpurua, J. M. Olarra und Tasio Erkizia. Von diesen war Itziar Aizpurua (geb. 1943) bereits 1970-1971 im Burgos-Prozess des Franco-Regimes als „Sympathisantin der ETA“ vor Gericht, und auch im aktuellen Verfahren geht es vor allem um die ETA.

Angeklagt sind die Politiker von Herri Batasuna der „Kollaboration mit einer bewaffneten Bande“. Die betreffenden Basken werden beschuldigt, eine Verlautbarung der ETA, die „Demokratische Alternative“, verbreitet zu haben.

Diese ETA-Mitteilung datiert noch vom April 1995. Die „Demokratische Alternative“ ist in erster Linie ein weiteres Gesprächsangebot der ETA an die spanische Regierung. Die ETA erklärt, den bewaffneten Kampf einzustellen, wenn der spanische Staat zwei Bedingungen erfüllt, nämlich die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts für die Basken und die Verkündung einer Generalamnestie für die baskischen politischen Gefangenen, die ihnen die Reintegration in das politische Leben ermöglicht. ETA erwartet in diesem Fall, daß sich im Baskenland ein breiter demokratischer Prozeß entwickeln würde, dessen Ergebnisse sowohl von ETA als auch von der Seite des spanischen Staates zu akzeptieren wären.

Bezüglich der beiden ETA-Forderungen, Selbstbestimmungsrecht und Amnestie, unterscheiden sich die Positionen von ETA und Herri Batasuna natürlich überhaupt nicht. Die Generalamnestie ist dabei für Herri Batasuna und die ETA ein ganz zentraler Punkt. Die Zahl der linken Basken in spanischen (und französischen) Gefängnissen ist sehr hoch; am 31. 10. 96 z.B. waren es insgesamt 539. Tausende von Angehörigen und Freundinnen/Freunden der Gefangenen hoffen auf eine solche Amnestie, und schließlich befindet sich ein beträchtlicher Teil der besten politischen „Köpfe“ der baskischen Linken im Gefängnis oder im Exil.

Am 14. 1. 96 schickte ETA ein Video mit Erklärungen zur „Demokratischen Alternative“ an den damaligen spanischen Staatschef Felipe Gonzalez; gleichzeitig ging das Video an Herri Batasuna. Felipe Gonzalez lehnte Gespräche ab, während Herri Batasuna das Video den verschiedenen politischen Kräften bekannt machte. Am 21. 2. letzten Jahres wurde zuerst der HB-Sprecher Jon Idigoras wegen der Verbreitung des Videos verhaftet. Er blieb über 3 Monate im Gefängnis und kam erst nach der Bezahlung einer Kaution von 15 Millionen Peseten frei. Schon am 23. 2. 96 wurde die Anklage der „Kollaboration mit einer bewaffneten Bande“ auf das

ganze Leitungsgremium Herri Batasunas ausgedehnt.

Das vergangene Jahr war im spanischen Baskenland wieder von einer starken politischen Spannung geprägt. Das wichtigste Thema war die Verteilung der baskischen politischen Gefangenen auf die verschiedensten, weit vom Baskenland entfernt liegenden Gefängnisse (die sog. dispersion). Hierdurch ist es den Angehörigen äußerst erschwert, die Gefangenen zu besuchen. Es wurde im Baskenland ein breiter Konsens erzielt bezüglich der Forderung, die baskischen politischen Gefangenen zurück ins Baskenland zu verlegen („Presoak Euskal Herrira“). So



genommenen wurden 29 zu Gefängnisstrafen verurteilt. Im gleichen Zeitraum teilten zwei baskische Jugendliche mit, vom spanischen Geheimdienst durch Drohungen einerseits und durch Versprechungen (Arbeitsstelle!) andererseits zur „Zusammenarbeit“ gedrängt worden zu sein.

Am 8. Januar dieses Jahres erschoss nun in Madrid eine junge Frau einen spanischen Oberst; das Attentat wird der ETA zugeschrieben. Nur zwei Tage später erhielten die angeklagten 25 Politiker von HB die Vorladung, sich vor Gericht wegen der Verbreitung des ETA-Videos zu verantworten.

In Spanien verschärft sich die Repression gegen die baskische Linke

Erst ging es gegen militante Jugendliche, jetzt direkt gegen Herri Batasuna

demonstrierten am 30. 11. letzten Jahres über 50 000 Menschen für die Rückverlegung der politischen Gefangenen ins Baskenland. Die beiden großen spanischen Staatsparteien PP („Volkspartei“) und die PSOE (die Sozialistische Partei) lehnen eine solche Rückverlegung allerdings ab. Beantwortet wurde dies durch eine Vielzahl von militanten Aktionen und Sabotageakten „in Unterstützung der Forderungen der politischen Gefangenen“.

Nach der amtlichen Statistik stehen für 1996 über tausend militante Aktionen auf der anderen Seite 766 Verhaftungen baskischer Linker gegenüber.

Am 12. 11. 96 wurde nun Cosme Delclaux entführt, der einer der mächtigsten Familien des spanischen Baskenlandes angehört. Zwei Wochen später bekannte sich die ETA zu der Aktion, bezeichnete die Entführung als „Schlag gegen die Finanzoligarchie“ und erklärte die Familie Delclaux für „mitverantwortlich für die ökonomische und politische Unterdrückung“ im Baskenland. Die Polizei gerät unter Druck, ihre „Effizienz“ zu beweisen.

In einer Verhaftungswelle wurden vom 30. 12. 96 bis zum 22. 1. dieses Jahres (also in 24 Tagen) 86 linke Basken festgenommen, hauptsächlich Jugendliche, denen „Straßenkampf in Unterstützung der ETA“ vorgeworfen wurde. Von den Fest-

Über 5000 Mitglieder und Anhänger von Herri Batasuna antworteten am 11. 1. in Laudio mit einer Demonstration. Begleitet von den Klängen antifranquistischer Kampflieder („Eusko Gudariak“) und revolutionärer Arbeiterlieder (etwa der Internationalen) richtete Maria Andueza von der „Mesa Nacional“ scharfe Angriffe gegen die Oligarchie und gegen die in Spanien regierende PP. Bürgerliche Politiker sprachen daraufhin von „Drohungen“ und „Akten der Verteidigung des Terrorismus“ und verlangten harte gerichtliche Schritte gegen Herri Batasuna.

Man weiß natürlich in Spanien, daß sowohl die ETA als auch Herri Batasuna einen eigenständigen baskischen Sozialismus zum Ziel haben. Das politische Projekt und die sozialistischen Zielvorstellungen Herri Batasunas sind außerhalb des Baskenlandes dabei wenig bekannt. Das Projekt baut auf dem Konzept der „partizipativen Demokratie“ auf, worunter die Einbeziehung aller Interessierten in den politischen Gestaltungsprozeß verstanden wird. Herri Batasuna strebt eine egalitär ausgerichtete und solidarische Gesellschaft an mit Höchst- und Mindesteinkommen. Die wirtschaftliche Planung soll in Form einer Zusammenarbeit der politischen Kräfte, der „Produzenten“ und der Konsumenten durchgeführt werden. Ich halte HBs Programm für die

gelungene Kombination traditioneller sozialistischer Konzepte mit ökologischen und basisdemokratischen Positionen, die sich insgesamt als das attraktive Modell eines modernen und dabei konsequenten „Demokratischen Sozialismus“ darstellt.

Die Zustimmung zu Herri Batasuna bei gesamtspanischen Wahlen schwankt zwischen 252 000 Stimmen bei den Wahlen zum europäischen Parlament 1989 (hier wurden in Euskadi und Nafarroa insgesamt 1.370 000 Stimmen abgegeben) und noch 181 000 Stimmen bei den spanischen Wahlen von 1996, die stark durch die Polarisierung „Gonzalez (PSOE) oder Aznar (PP)“ geprägt waren (hier haben 1,5 Millionen Menschen im spanischen Baskenland von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht).

Die Forderung Herri Batasunas nach Selbstbestimmung wird dabei von einer deutlichen Mehrheit innerhalb der Bevölkerung des spanischen Baskenlandes unterstützt. Nach einer Umfrage vom März 1995, ob das Selbstbestimmungsrecht für die Basken anerkannt werden müßte, antworteten 57,2% mit „ja“ und nur 11,5% mit „nein“; 32,5% waren über dieses Recht nicht informiert oder standen solchen politischen Fragen gleichgültig gegenüber. Bei der gleichen Umfrage waren 23,6% für die „völlige Unabhängigkeit“ von Spanien und noch einmal zusätzlich 35,8% zumindest für „größere Unabhängigkeit“ von Spanien (Quelle: Euskadi 1995).

Die Voraussetzungen für linke Politik sind dabei nach den mir vorliegenden Daten (Wahlergebnisse und Meinungsumfragen) im spanischen Baskenland von der politischen Einstellung der Bevölkerung her sehr gut. Von den etwa 1,5 Millionen Bewohnern des spanischen Baskenlandes, die sich nach ihrem Wahlverhalten ungefähr politisch einordnen lassen, darf man wohl etwa 800 000 (!) in weitem Sinn der politischen Linken, rund 400 000 der politischen Mitte und nur ca. 300 000 der Rechten zuordnen. Interessant sind hier auch die Daten einer Umfrage vom Juli 1996 in Euskadi, die die Autonomieregierung in Gasteiz (Vitoria) veröffentlicht hat (nach: Euskadi 1996): Aus den Antworten auf die gestellte Frage („dazwischen, der Rechten bzw. der Linken anzugehören, wie definieren Sie sich da?“) ergeben sich zumindest drei Sachverhalte: 1.) Die Selbsteinschätzung als „links“ überwiegt überaus deutlich gegenüber der Selbsteinschätzung als „rechts“. 2.) Keiner der Befragten ordnet sich der „Extremen Rechten“ zu, verschiedene Befragte aber der „Extremen Linken“. 3.) Wähler von Herri Batasuna schätzen sich selber am konsequentesten als „politisch links“ ein, ihr linkes Bewußtsein liegt eindeutig noch höher als das von Wählern der gesamtspanischen „Vereinigten Linken“ (IU). Die einzelnen Spalten der Tabelle links betreffen von links nach rechts: die Baskische Nationalpartei (PNV); die Spanische Sozialistische Partei (PSOE); Herri Batasuna; die (rechte) Volkspartei (PP); Eusko Alkartasuna (EA); die Vereinigte Linke (IU); „andere“; Nichtwähler.

(Manfred Ostrowski)

• ENTRE SER DE DERECHA Y DE IZQUIERDA, ¿COMO SE DEFINE USTED?

	EXTR. DERECHA	DERECHA	CENTRO DERECHA	CENTRO	CENTRO IZQUIERDA	IZQUIERDA	EXTR. IZQUIERDA	OTROS	ABST.	TOTAL	DEC 89	DEC 94	FEB 95	NOV 95	ABR 96
EXTR. DERECHA	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
DERECHA	5	0	0	26	7	0	0	0	4	6	7	5	7	8	6
CENTRO DERECHA	7	0	0	20	3	0	0	2	5	5	3	3	3	4	5
CENTRO	21	8	0	29	14	4	12	9	13	13	12	12	13	15	13
CENTRO IZQUIERDA	10	15	2	1	16	10	12	6	8	13	7	6	9	8	8
IZQUIERDA	21	54	83	3	37	74	33	28	35	35	34	41	24	26	36
EXTR. IZQUIERDA	0	0	7	0	0	1	1	1	1	1	1	1	0	1	1
OTROS	34	23	8	21	23	12	44	50	31	29	38	30	29	31	31

FUENTE: Presidencia del Gobierno de Gasteiz (Gasteiz de Prospección Sociológica)

(Los datos de ambos gráficos expresan tanto por ciento)

Die Befreiungsfront Zaires, seit Oktober insbesondere im Ostteil des Landes aktiv, hat dem Diktator in Zaire eine Frist gesetzt; wenn es bis zum 21.2.97 keine Verhandlungen um die Zukunft des Landes gebe, werde die ADFL zu einer noch stärkeren Offensive ansetzen. Internationale Vermittlungen seien nicht erforderlich, da es sich um eine interne Angelegenheit des Landes handle, in der insbesondere die westlichen Mächte nichts zu suchen hätten. Allerdings hatten auch afrikanische Länder und der UN-Sicherheitsrat ihre „Besorgnis“ über die Entwicklung in Zentralafrika geäußert, da der Vormarsch im Osten Zaires schneller als vorhersehbar war voranschreitet.



Kabila vor Rekruten der ADFL für den Kampf gegen Mobutu

Die durch Mobutu angeheuerten Söldnertruppen waren bislang nicht imstande, diese Offensive zu verhindern. Sie stehen unter militärischem Training französischer und belgischer Ex-Militärs, u.a. der belgische Colonel Christian Tavernier, der schon Rwanda mit Luftangriffen drohte ... Mobutu selbst hat sich nach seiner zweiten Rückkehr – über Marokko – nach Zaire auf seinen luxuriösen Privatsitz nach Gbadolite begeben, um von dort zu retten, was zu retten ist. Viel Zeit bleibt ihm nicht.

Meldungen über die Rückeroberungen einzelner strategischer Städte in Ostzaire, von Kinshasa in die Welt gesetzt, werden auch von internationaler Seite zurückgewiesen; es gebe nicht einmal die Chance für eine Gegenoffensive, meint Kabila von der ADFL. Frankreich dementierte inzwischen, daß Mitglieder seines 13. Fallschirmjäger-Regiments und andere an die Front geschickt werden; diese waren schon im Golfkrieg hinter den irakischen Linien „aktiv“. Auch Marokko dementierte (nach ADFL-Informationen), daß es Mobutu unterstütze – aber auch dies wäre nicht das erste Mal: schon 1970 wurde die damalige „Shaba-Rebellion“ in der rohstoffrei-

Ultimatum für Mobutu

Ein Sturz des Diktators ist näher gerückt

chen Provinz mit marokkanischer Hilfe zerschlagen. Tschad und Togo werden ebenfalls als Unterstützer Mobutus genannt, auch sie dementieren offiziell.

Berichtet wird, daß die zairischen Soldaten, sofern sie nicht geflohen sind, unter der Führung von 300 weißen Söldnern in den Kampf geschickt werden. Sie sind für ihre Grausamkeiten gegen die Zivilbevölkerung bekannt und genießen dort keinen Rückhalt. Erst kürzlich wurden zwei von ihnen zum Tode verurteilt, weil sie einen Geschäftsinhaber in Kisangani töteten, den sie bestehlen wollten. Kindersoldaten wurden gesichtet – allerdings auf beiden Seiten. Kabila behauptet, daß viele junge Leute zu ihm geschickt würden.

Die Unterstützung seitens der ADFL ist unklar; vermutlich gibt es solche durch die angrenzenden Nachbarländer wie auch durch einen inzwischen kon-

trollierbaren Export von Rohstoffen (Gold, Kaffee) und Steuereinnahmen. Uganda, Burundi und Rwanda werden genannt, auch wenn dies dort dementiert wird. So soll kürzlich ein Flugzeugabsturz, in dem militärische Logistik transportiert worden sein soll, auf die inoffizielle Hilfe Ugandas aufmerksam gemacht haben. Allerdings stammt die Meldung vom zairischen Militär. Die ADFL erklärt, sich über erbeutete Waffenlager der Gegenseite die notwendigen militärischen Voraussetzungen für diese Offensive geschaffen zu haben. Die zairische Armee (FAZ) behauptet dagegen, daß es eritreische, somalische und äthiopische Unterstützung für die ADFL gebe. Wenngleich dies wenig wahrscheinlich ist, so ist damit die Absicht verbunden, den Konflikt auf ein „afrikanisches Niveau“ zu heben, und damit die OAU reinzuziehen.

Hinzu kommt eine unklare Situation in Rwanda durch die Rückkehr eines Großteils der Flüchtlinge aus Zaire; hier wurden in den letzten Wochen im Westen Rwandas Angriffe auf NGO-Gruppen gemeldet, bei denen HelferInnen aus Spanien, Canada und Kambodscha ums Leben kamen. Dies hatte einen US-Diplomaten veranlaßt, nach Goma zu fliegen, um die militärische Absicherung der Hilfstransporte zu erörtern. Goma und damit die ADFL wären für eine Hilfsbrücke wichtiger Ausgangspunkt.

So sind die derzeitigen Kräftekonstellationen nur begrenzt sichtbar – einige westliche Strategen denken bereits an Auswirkungen dieses Konflikts auf den gesamten Kontinent. Sicher ist jedoch, daß die internationale peacekeeping-diplomacy nicht ohne eigenen Interessen ihre indirekten Interventionen versucht; selbst Deutschland ist durch den für Afrika zuständigen Mann im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Rolf Eckermann, präsent. Dieser soll sich um einen „geordneten Wahlprozess“ in Zaire bemühen – eine Farce angesichts der schon mehrmals verschobenen, völlig (wahl)grundlagenlos vorbereiteten Prozedur.

Dafür eskaliert der Streit in der Hauptstadt Kinshasa um die Führung des Landes. Die Oppositionspartei USOR („Heilige Union“, in der die UDPS vertreten ist) forderte den Rücktritt der Regierung und rief zu einem Streik auf, der mehrheitlich befolgt wurde. Die Regierung Kengo verbat daraufhin alle Demonstrationen. Man wirft ihr vor, sich in der Konfrontation mit der ADFL blamiert zu haben. Die neu auf den Markt geworfenen Geldscheine werden schon als „Prostata“ verulkt, in Assoziation zu der Operation des Präsidenten in einer französischen Klinik.

Eine Übergangssituation, die nicht eindeutig zu durchschauen ist. Sicher ist, daß der Sturz von Mobutu schon lange nicht mehr so realistisch war. (mc)

Seit dem 29.12.96 herrscht Frieden in Guatemala – nach über 30 Jahren Bürgerkrieg, in dem 300.000 Menschen ermordet wurden und etwa 2 Millionen Flüchtlinge ihre Wohnstätten oder das Land verließen.

An diesem Tage unterzeichneten Regierung und Guerillaführung der URNG (Revolutionäre Nationale Einheit Guatemalas) einen Friedensvertrag, der von Zehntausenden Guatemalteken auf dem Vorplatz des Präsidentenpalastes in der Hauptstadt des Landes enthusiastisch gefeiert wurde. Seit 1987 wurde verhandelt, nachdem mit dem Machtantritt eines zivilen Präsidenten die Bedingungen dafür entstanden waren. Die verhandelnden Seiten vertraten jedoch ungleiche Partner: Die URNG, mit etwa 3.000 bewaffneten Kämpfern und 6.000 Helfern und Anhängern, und die Regierung, hinter der eine Armee mit ca. 30.000 Mann und eine weitgehend militarisierte Gesellschaft standen. Großgrundbesitz und Armee zusammen mit der CIA waren 1954 die Triebkräfte des Sturzes des demokratischen Präsidenten Arbenz und in der Folgezeit auch die erbarmungslosen Verfolger jeglicher demokratischer und libertärer Regungen. Über 70% der Bevölkerung Guatemalas ist indigener Herkunft. Besonders sie wurde diskriminiert und verfolgt. Eine Apartheid guatemaltekerischer Prägung, die den indigenen Völkern keine Rechte zugestand, sie sozial und ethnisch ausgrenzte!

Das abschließende Dokument des Friedensvertrages faßt alle bisher vereinbarten Dokumente zusammen, die in zehnen Verhandlungen unterzeichnet wurden. Regierung und Comandantes kamen überein, den Friedensprozeß mit

einer einschneidenden Demilitarisierung des Landes zu beginnen.

Die während des Friedensprozesses präsente UNO, die die Vermittlerrolle spielte, beschloß, eine Friedensmission für Guatemala, die aus 150 Blauhelmen besteht, zu entsenden. Die UN-Truppe soll die Entwaffnung der URNG-Kämpfer in drei Monaten und ihre Wiederein-

erklärte, daß die Armee Guatemalas ihre Mission erfüllt habe. Sie sei in einen internen Konflikt verwickelt worden und die Erhaltung des Friedens sei legal und entsprechend der Verfassung gewesen. Die Armee gehe erhobenen Hauptes in die neue Phase.

Es ist keineswegs klar, wie die Armee oder Teile der Armee reagieren werden.

Wird 1997 die Stunde Null für Guatemala?

gliederung in das normale Leben überwachen. Die URNG-Kämpfer werden in entmilitarisierten Zonen zusammengezogen, entwaffnet und in Jahresfrist auf einen zivilen Beruf vorbereitet.

Gleichzeitig soll die Armee Guatemalas um 30% reduziert werden. Die Kontrolle obliegt der Regierung. Die jedoch hat kaum Geld, um über 10.000 Soldaten und Offiziere ins zivile Leben zu überführen, Menschen, die nur das Kriegshandwerk verstehen und in der Armee ihren Lebensunterhalt hatten.

Die Verträge sehen auch Verfassungsänderungen vor, die eine grundlegende Veränderung der Rolle und Funktion der Armee beinhalten. War die Armee bisher für die innere Sicherheit zuständig, soll sie sich künftig auf den Schutz der Grenzen konzentrieren. Für die innere Sicherheit wird eine neue Polizei geschaffen, in die auch ehemalige URNG-Kämpfer aufgenommen werden sollen. Die Reaktion der Armee ist zurückhaltend. Der Chef des Generalstabes der Armee, General Sergio Camargo Murales,

Mit dem Friedensvertrag wurde das „Abkommen über die Identität und die Rechte der indigenen Völker“ vom März 1995 in Kraft gesetzt. Es garantiert allen bisher diskriminierten Völkern Guatemalas gleiche Rechte, wie sie alle anderen Bürger des Landes genießen. Es sieht vor, landlosen Bauern zu günstigen Bedingungen Land zu verkaufen, was den Widerstand landreicher Eigentümer, aber auch Konflikte mit den Menschen hervorrufen wird, die bei der enormen Migrationsbewegung im Lande brach liegendes Land besetzten und für sich nutzten.

Der Abschluß des Friedensvertrages, so sagt die „Demokratische Front des Neuen Guatemala“ (FDNG), ist ein Sieg der Vernunft und ein Erfolg für die demokratischen und patriotischen Kräfte in Guatemala, der nun gesichert werden muß. Mit seinem Abschluß sind jedoch keineswegs alle Probleme gelöst, neue Konflikte sind absehbar.

Die FDNG ist ein Bündnis verschiedener Sektoren der Zivilgesellschaft

des Landes, dem Gewerkschaften, Bauernverbände, Maya-Sektoren, Frauenbewegungen und politische Parteien angehören. Bei den Wahlen im November 1995 errang sie den dritten Platz unter den etablierten Parteien. Ihre Aussichten für die vorgesehenen freien, demokratischen Wahlen beurteilt sie positiv.

Die URNG hat angekündigt, sich in eine politische Partei umzuwandeln, die mit der FDNG eng zusammenarbeiten will. So schaltet sich die URNG in einen Prozeß ein, der demokratische und linke Kräfte in Guatemala eng zusammengeführt hat: Gemeinsam neue Lösungen zu suchen, um den drohenden Verfall der Gesellschaft aufzuhalten und neue Konzepte für herangereifte gesellschaftliche Probleme zu suchen. UNO-Angaben zufolge gehen nur 33% der aktiven Bevölkerung von 2,8 Mio. Menschen einer Vollbeschäftigung nach. Ein Landarbeiter verdient etwa 2,50 Dollar täglich. Die soziale Lage im Lande ist äußerst angespannt.

Die Linke sucht nach Wegen, aus der bisherigen Isolierung zu kommen, Alternativen zu entwickeln und von starken Positionen heraus, Regierung und andere politische Kräfte zu zwingen, über vernünftige Alternativen nachzudenken. Es geht nicht um das Überleben der Guerilla, sondern um das Überleben des Volkes und der Nation – angesichts der sozialen Lage und des drohenden ökonomischen Zusammenbruchs ein Problem der Regierbarkeit des Landes. Im Bündnis soll versucht werden, mit neuen Konzepten, den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes zu verhindern, schnell Lösungen für die angestauten sozialen Probleme zu finden und vor allen dem arbeitenden Volk eine neue Perspektive zu bieten.

In der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift hatten wir den ersten Teil des Aufsatzes von Rainer Werning über die Geschichte der koreanischen Teilung veröffentlicht. Er umfaßte die Zeit von 1945 bis zum Ende des Koreakrieges. Hier nun der zweite Teil.

Modell Nord versus Modell Süd

Die katastrophalen Zerstörungen auf der gesamten koreanischen Halbinsel infolge bakteriologischer Kriegsführung sowie Flächenbombardements von bis dato nicht gekanntem Ausmaß – überliefert ist die zynische Bemerkung eines US-amerikanischen Luftwaffengenerals, es gäbe dort partout keine Ziele mehr! – machten den Wiederaufbau in beiden Landesteilen gleichermaßen zur vordringlichsten Aufgabe. Bezog Südkorea den Löwenanteil seiner entsprechenden Hilfszuwendungen – Schenkungen und zinsgünstige Kredite in Höhe von über 6 Mrd. US-Dollar allein bis Mitte der 70er Jahre – aus den USA und nach der Normalisierung seiner Beziehungen mit Tokio im Jahre 1965 ebenfalls in zunehmendem Maße aus Japan, so erhielt Pjöngjang materielle und finanzielle Unterstützung aus der VR China, der Sowjetunion und anderen Ländern des RGW (Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe), ohne diesem jedoch jemals beigetreten zu sein.

Durch beispiellose Massenmobilisierungen wurde im nördlichen Landesteil der Grundstein für den Aufbau und Ausbau einer weitgehend an den sozialen und medizinischen Bedürfnissen der Bevölkerung orientierten Ökonomie gelegt, die Jahre vor der Prägung des Begriffs „Modell Südkorea“ zweistellige Wachstumsraten aufwies, was vor allem in den zahlreichen seit 1960 unabhängig gewordenen Staaten im Trikont Faszination ausstrahlte. Politisch flankiert wurde diese Entwicklung durch die endgültige Herrschaftssicherung der Gruppe um Kim Il-Sung, dessen Entwurf einer umfassenden Selbständigkeit des eigenen Sozialismus-Konzepts in Gestalt der Dschutsche-Ideologie und schließlich – auf dem Höhepunkt der sogenannten „Großen Polemik“ über die Generallinie innerhalb der kommunistischen und Arbeiterbewegung – durch die Strategie der Äquidistanz zu Moskau und Peking. In dieser Hinsicht konnte Nordkorea füglich als erstes Beispiel für den Versuch dessen gelten, was später im Diskurs der Dependenztheorien unter „Autozentrismus“ gefaßt werden sollte. Retrospektiv ist der nordkoreanischen Führung eine gewisse Klugheit und Weitsicht nicht abzusprechen, was seinerzeit natürlich Anfeindungen ausgesetzt war.

So ist Pjöngjangs Politik wiederholt des „Zentrismus“, der vermeintlichen Unentschlossenheit geziehen worden, im sino-sowjetischen Konflikt Farbe zu bekennen. Dschutsche bedeutete auf außen-, wirtschafts- und sicherheitspolitischer Ebene eine über weite Strecken relativ erfolgreiche Strategie zur Wahrung eigener Handlungsspielräume. Ob Dschutsche auch eine erkenntnistheoretische Bereicherung und/oder eine Weiterentwicklung der marxistischen Philosophie darstellt, ist eine Frage, die, nach Interessenlage, einige Experten ir gelöst halten, anderen indes als Gegenstand eines aufreibenden akademischen Disputs gilt. Bei aller Apologetik Herrschaftslegitimation, zu deren Eck Pjöngjangs offizielle Propaganda sich mit den Dschutsche-Ideen pante(n), scheint diesen doch ein hohes Maß an Plausibilität und Mobilisierungspotential in der eigenen Bevölkerung zuzukommen. Immerhin eignen sich die Dschutsche-Ideen als geschlossenes Ideologiegebilde mit massenpsychologisch betrachtet – vielfältigen

Identifikationsmöglichkeiten. Ihnen kommt eine Scharnierfunktion zu, was die Machtprärogativen der Nomenklatura mit den Ansprüchen und Interessen der Bevölkerung weitgehend zu koppeln vermochte und eine Erklärung für die bemerkenswerte politische Kontinuität in der Volksrepublik liefert.

Vergleichbares hat es in der Geschichte Südkoreas nicht gegeben. Dort war statt dessen eine eigentümliche Symbiose von martialischem Antikommunismus und developmentalismus zu konstatieren: Entwicklung – makroökonomisch betrachtet – als Zielgröße an sich,

kompetenter technokratischer Kader. Unter diesem Gesichtspunkt bildeten die von Park Chung-Hee, der seine Offizierssporen während der japanischen Kolonialherrschaft verdient hatte, seit Mitte der 60er Jahre initiierten Politiken zur Durchsetzung des developmentalismus den Auftakt eines beispiellosen gesellschaftspolitischen und ökonomisch-kulturellen Transformationsprozesses, der in Manier eines Zeiträfers binnen dreier Dekaden eine Entwicklung nachholte, die in Westeuropa Jahrhunderte währte und für die selbst Japan ein Jahrhundert benötigte.

Korea: Fortdauernde Teilung oder schrittweise Annäherung?

Teil II und Schluß von Rainer Werning

eingeleitet und durchgesetzt unter rigiden Vorgaben zentralstaatlicher Planungsinstanzen, was per definitionem wie immer auch geartete Elemente von Partizipation „der da unten“ ausschloß. Das erforderte zwangsläufig die Stärkung der Staatsapparate, wies insbesondere den Sicherheitskräften eine herausragende Stellung in der Gesellschaft zu und begünstigte die Heranbildung und Qualifizierung effizienter wie

Die Erfolgsstory des „Modell Südkorea“ basiert auf spezifischen konstitutiven Faktoren, deren Extrapolation bzw. Übertragbarkeit auf sogenannte Dritte-Welt-Länder höchst zweifelhaft ist: Südkoreas exponierter „Frontstaat“-Charakter im Ost-West-Konflikt, massive Unterstützung seitens der USA und Japans, seine innen- wie außenpolitisch geförderte Entwicklungsstrategie exportorientierten Typs,

ein relativ abgeschotteter Binnenmarkt mit langjährig tolerierten Protektionsmechanismen, die Verwendung externen Kapitals für wesentlich produktive Zwecke und der Ausbau einer guten Infrastruktur, Förderung der internen Sparquote und gezielte Investitionen in den Bereichen Erziehung/Ausbildung und Forschung und Entwicklung unter der Führung einer erfahrenen Bürokratie und weitsichtiger Technokraten mit dem Militär als Garant für die „Domestizierung“ der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sowie die erzwungene Kostensenkung des Faktors Arbeit – all das bot dem Kapital denkbar günstige Verwertungsbedingungen und lieferte – ideologiekritisch gewendet – nachgerade den schlagenden Gegenbeweis neoliberaler Positionen, wonach einzig eine offene, marktwirtschaftlich ausgerichtete Gesellschaft Wachstum induziert. Wäre Park Chung-Hees überliefertes Diktum aus den späten 60er Jahren gültig, wonach an eine Wiedervereinigung erst zu denken sei, wenn Südkorea das Zehnfache des nordkoreanischen Brutto sozialprodukts erwirtschaftet habe, müßte die Vereinigung bereits ein fait accompli, zumindest aber die politische Priorität schlechthin sein. Das ist mitnichten der Fall.

Dialog im Schatten außenpolitischer Neukonstellationen ...

Beide bisher herausragenden innerkoreanischen Annäherungen, die gemeinsamen Rote-Kreuz-Gespräche und Regierungsverhandlungen, die in dem Nord-Süd-Kommuniqué vom Juli 1972 gipfelten, und der im Dezember 1991 von Seoul und Pjöngjang unterzeichnete Aussöhnungsvertrag geschahen jeweils in Situationen weitreichender internationaler Umbrüche: Im ersten Fall war kurz zuvor die langjährige Feindschaft zwischen der VR China und den USA beigelegt worden, so daß ein Gutteil der antikommunistischen Propaganda an Bedrohungscharakter einbüßte. 1991 verschwand nach der Erosion der realsozialistischen Systeme in etlichen Staaten Osteuropas schließlich mit der Sowjetunion ein potenter Bündnispartner Nordkoreas, mit dem es seit Beginn der 60er Jahre qua gemeinsamem Beistandspakt verbunden war, von der politischen Bühne. Beide Male waren aber auch markante innerkoreanische Prozesse dafür verantwortlich, daß der mühsam geknüpften Dialogfaden letztlich riß. In Südkorea verhängte Präsident Park Ende 1972 das Kriegsrecht; es begann eine bleierne Zeit innerer Repression und Abschottung gegenüber dem Norden. Anfang der 90er Jahre war dann die nordkoreanische Führung ihrerseits damit befaßt, den Fall der Mauer in Berlin, die Ereignisse in Osteuropa und Rußland aufmerksam zu verfolgen und mögliche „Ideologische Kontaminationen“ von sich fernzuhalten. Zusätzlich belastet wurde der innerkoreanische Dialog durch die sogenannte Atomfrage, den Tod von Staats- und Parteichef Kim Il-Sung im Sommer 1994 und durch die bereits erwähnte Anlandung eines nordkoreanischen U-Bootes an der südkoreanischen Küste im September.

Zwischenzeitlich herrschte auf nordwie südkoreanischer Seite kein Mangel an Vorschlägen – von Pjöngjangs (Kon)föderationskonzept bis hin zu Roh Tae-Woos Aufruf zur Bildung eines Commonwealth – zur gegenseitigen Annäherung bzw. Wiedervereinigung. Sie scheiterten allesamt am Fehlen eines institutionellen, für beide Seiten gleichermaßen verbindlichen Rahmens und/oder gerieten unfreiwillig in den Sog außenpolitischer Neukonstellationen und tagespolitischer Konfrontationen (z.B. Überdenken der russischen Po-



Südkorea, Januar 1997: Angehörige der beiden großen Gewerkschaftsbünde demonstrieren gegen die Arbeitsgesetze der Regierung.

litik vis-a-vis Nordkorea und dessen Schlagabtausch mit den USA bezüglich des Yongbyon-Atomkomplexes).

... und als etatistische Domäne

Nebst Zypern ist Korea heute das letzte geteilte Land der Erde. Die Vereinigungsprozesse in der jüngsten Gegenwart – Vietnam, der Jemen und Deutschland – haben über die Unterschiedlichkeit der damit verbundenen Dynamiken hinaus immense politische, wirtschaftliche und emotionale Schwierigkeiten aufgeworfen, deren zufriedenstellende Lösung noch Jahre dauern wird.

In Vietnam hat der siegreiche Norden jahrelang den Süden politisch wie ökonomisch bevormundet, was erst mit der Erneuerungsbewegung auf wirtschaftlichem Gebiet (Doi Moi) bei Wahrung des politischen Hegemonieanspruchs der KP Vietnams gelockert wurde, während es im Jemen 1993/94 zum offenen Bürgerkrieg kam. In Deutschland bleiben wohl noch auf Dauer Sentiments von „Zweitklassigkeit“ im Osten virulent, solange und insofern die dort von westdeutschen Politikern einst vollmundig gepriesenen „blühenden Landschaften“ auf sich warten lassen. (Südkoreanische Politiker haben bei allen diesen Vereinigungsprozessen explizit das deutsche Beispiel als ehestes Vorbild für die eigene Politik favorisiert, wenn gleich spätestens seit Sommer 1991 eine Kehrtwende stattgefunden hat. Seitdem haben renommierte südkoreanische think tanks Wirtschaftsexperten nach Deutschland entsandt, um vor Ort den hiesigen Einigungsprozess sorgfältig zu studieren. Herausgekommen sind dabei etliche Studien und Modellrechnungen, die allesamt die Kritik nährten, doch nicht gemäß „deutschem Muster“ zu verfahren.)

Hatte man zuvor in Seoul nichts gegen eine Destabilisierung des nordkoreanischen Regimes einzuwenden, so setzt man heute alles daran, sich mit Pjöngjang ins Benehmen zu setzen und eine Machterosion der dort Regierenden tunlichst zu vermeiden; andernfalls zeitigte das desaströse politische wie wirtschaftliche Rückkoppelungen und gefährdete hochgradig den Bestand des eigenen Gemeinwohls. Auffällig ist in diesem Zusammenhang dennoch das gegenseitige Hochschaukeln von Feindbildern, beidseitiges – und streckenweise heftiges Desavouieren und die etatistische Zurichtung der Wiedervereinigungsproblematik, was es relevanten gesellschaftlichen Gruppen in Süd- wie Nordkorea gleichermaßen verwehrt, ohne ausdrückliche staatliche Duldung entsprechend Eigeninitiative zu entfalten. Vor allem das seit 1948 in Südkorea bestehende, obgleich mehrfach modifizierte Nationale Sicherheitsgesetz ist ein nachgerade groteskes Relikt obrigkeitstaatlicher Selbstherrlichkeit: Es steht in krassstem Kontrast zu der von Präsident Kim Young-Sam postulierten segyehwa – frei übersetzt etwa „Weltgesellschaftlichung“ –, zumal diese gerade jene Prinzipien – nämlich: Offenheit, Liberalisierung, Deregulierung und Globalisierung – beinhaltet, zu denen sich Seoul anlässlich seiner bevorstehenden Vollmitgliedschaft in der OECD wiederholt bekannt hat und deren strikte Umsetzung nunmehr ansteht.

Welche sinnvollen und gleichzeitig realistischen Szenarien gibt es, um die Nord-Süd-Verständigung zu intensivieren und schließlich den (Wieder)Vereinigungsprozess zu beschleunigen? Folgende Schritte wären dazu aus meiner Sicht unablässig:

- Die in beidseitigem Konsens zu erzielende Vereinbarung über regelmäßige Konsultationen auf höchster diplomatischer Ebene mit dem Grundsatz der

gleichberechtigten Anerkennung und Würde bei strikter Unterlassung gegenseitiger Attacken/Beschimpfungen im Geiste des bereits existierenden Aussöhnungsvertrages, der immerhin ein entsprechendes Regelwerk vorsieht.

- Die Schaffung eines Runden Tisches, an dem zunächst im Sinne vertrauensbildender Maßnahmen Vorurteile abgebaut und wo nach der Bestimmung erster konkreter Schritte über gemeinsame Besucherprogramme (Stichwort: „kleiner Grenzverkehr“) die Modalitäten eines umfassenden Wirtschafts-, Handels- und Kulturaustausches getroffen werden.

- Die schrittweise Einbindung anerkannter Persönlichkeiten aus Nord wie Süd und relevanter sozialer Kräfte in den offiziellen Dialog, wobei als Voraussetzung dafür sämtliche auf beiden Seiten noch existierende juristische und/oder politische Hindernisse zu beseitigen wären.

- Gemeinsame abgestimmte außenpolitische Avancen, um die jeweiligen früheren oder noch präsenten „Schutzmächte“ – konkret: die USA, China und Rußland – in den Prozeß einer umfassenden regionalen Friedenssicherung – möglicherweise ein ostasiatisches Pendant zur KSZE bzw. OSZE – einzubeziehen, deren Schlußakkord die Unterzeichnung eines Friedensvertrages bildete. Das freilich erforderte die Überwindung eines weiteren Anachronismus: die Einstellung großangelegter gemeinsamer südkoreanisch-us-amerikanischer Manöver und den graduellen Abzug der noch in Südkorea stationierten US-Truppen, was angesichts der militärischen Stärke der südkoreanischen Armee und ihrer technologischen Ausrüstung ohnehin überfällig ist und zudem Seouls Souveränität nicht beschneidet. Für Nordkorea hätte dies eine positive Signalwirkung und erleichterte es seiner Regierung im Gegenzug, über einen beiderseitigen Truppenabzug zu verhandeln und Einsparungen im militärischen Bereich vorzunehmen.

- In einem späteren Stadium wären sodann die Mechanismen und das Prozedere zu klären, wie ein geregeltes Miteinander in sämtlichen Sphären des gesellschaftlichen Lebens gewährleistet und der Vereinigungsprozeß (eventuell auf dem Wege einer befristeten Föderation oder Konföderation) jenseits von Unterwerfungen realisiert werden kann.

Ich bin mir darüber im klaren, daß solche Erwägungen nicht frei sind von Idealtypisierung und Projektionen. Doch wenn beide Protagonisten die (Wieder)Vereinigung als jeweils prioritär auf ihrer Agenda ansehen und diesen Prozeß verantwortungsbewußt und ernsthaft begleiten, dürften sich die skizzierten Schritte dahin als unhintergebar erweisen. Hypothetisch angenommen, alle diese Schritte seien bereits praktisch umgesetzt, so wäre das ohnehin erst der Beginn einer genuine Nord-Süd-Annäherung und schüfe erst die Bedingungen für zivilere Umgangsformen und offenere Kommunikationskanäle – vielleicht vergleichbar mit der innerdeutschen Situation nach dem Anfang der 70er Jahre ausgehandelten Grundlagenvertrag. Bis dann tatsächliches oder symbolisches Mauerwerk einstürzt oder abgetragen ist, dürfte angesichts unverarbeiteter Bürgerkriegstraumata und gravierender Systemunterschiede noch eine schmerzliche Dialogphase zwischengeschaltet sein. Und deren Zeitrahmen bereits heute bestimmen zu wollen, grenzte an Vermessenheit.

Rainer Werning ist Sozial- und Politikwissenschaftler und war lange Herausgeber des „Korea Forum“. Er lebt in der Nähe von Köln.



Die spanischen Fernfahrer setzten ihren am 5./6. Februar begonnenen Streik fort. Die Gewerkschaft Fedatrans, in der etwa 50.000 Fahrer zusammengeschlossen sind, drohte mit einer Verschärfung der Blockade, weil sich die Regierung nicht verhandlungsbereit zeigt. Die Fernfahrer fordern u.a. die Senkung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre, die Senkung der (seit Sommer 1996 um 15% gestiegenen) Dieselpreise, die Überprüfung der staatlichen Transporttarife und keine Vergabe neuer Transport-Lizenzen. Viele sind „selbstständig“ und haben sich für die Beschaffung ihres LKW hoch verschuldet, mit denen sie dann bei extremen Lenkzeiten kreuz und quer durch Europa fahren müssen. Jetzt werden sie durch sinkende Tarife, steigende Zinsen und Dieselpreise erdrückt. (hav, rül)

Erfolgreicher Streik der Eisenbahner in Tschech. Republik

Der bisher größte Sozialkonflikt in der Tschechischen Republik nach dem Zerfall der CSFR war der Streik der Eisenbahner der am 8. Februar endete. Der Streik der eine Woche andauerte war ein großer Erfolg. Fast alle Forderungen der „Gewerkschaftsvereinigung der Eisenbahner (OSZ)“ wurden erfüllt.

In der Gewerkschaft sind 70 Prozent der 100.000 Arbeiter der Tschechischen Eisenbahn organisiert. Zwei kleinere Eisenbahnergewerkschaften unterstützten die Aktion der OSZ. Dasselbe gilt für die Kommunistische Partei (KSCM). Der Vorsitzende der Sozialdemokraten, Milos Zeman, hatte sein „Verständnis“ für die Entscheidung der Arbeiter ausgedrückt.

Der Streik drehte sich nicht direkt um Löhne, obgleich dieser Punkt bei den Arbeitern durchaus eine Rolle spielt. Zehntausend Arbeitsplätze sollen in diesem Jahr eingespart werden, weitere 30.000 bis zum Jahr 2000. Seit Oktober letzten Jahres fordern die Arbeiter, daß die von einer rechten Koalition gebildete Minderheitsregierung in der Tschechischen Republik eine integrierte staatliche Verkehrspolitik durchführt, durch die der Niedergang der Eisenbahn gestoppt und ihre Zukunft gesichert wird. Das Fehlen einer solchen Politik habe zu einem „totalen Chaos“ bei den Eisenbahnen geführt, sagte der OSZ-Sprecher. Ein „unfähiges Management“ führe die Geschäfte und fälle Entscheidungen ohne ein Konzept, das über den Tag hinausreiche.

Das Fehlen einer staatlichen Verkehrspolitik bedeutet auch, daß die Verhandlungen über die Arbeitsverträge (Löhne und Arbeitsbedingungen) der Eisenbahner im Jahr 1997, die laut Gesetz schon 60 Tage vor Ablauf des Jahres 1996 hätten beginnen müssen, bis heute noch nicht angefangen haben. Als weiterer Faktor kommen die Haushaltsprobleme der Regierung hinzu. Zum ersten Mal seit 1989 ist der Staatshaushalt in die roten Zahlen geraten.

17.000 Lehrer in der Tschechischen Republik im Streik

Der Streik von Lehrern und sonstigem Schulpersonal geht in die zweite Woche. Gefordert wird eine Lohnerhöhung um 18,9 Prozent. Letzte Woche Dienstag und Donnerstag streikten in acht der 86 Schulbezirke 17.000 Lehrer. Der Streik gewinnt zunehmend die Unterstützung

des gewerkschaftlich organisierten Schulpersonals, insbesondere in den Städten. Weitere Streiks werden diese Woche und den ganzen restlichen Februar hindurch stattfinden. Wenn die Forderungen der Lehrer bis dahin nicht erfüllt sind, werden die örtlichen Gewerkschaftsführer eine Konferenz einberufen, um „radikalere Schritte“ zu diskutieren.

In einigen Gebieten haben sich auch Kindergärtnerinnen, Reinigungs- und Kantinenpersonal sowie Verwaltungsangestellte dem Streik angeschlossen.

Wegen der schlechten Bezahlung liegt das Durchschnittsalter der tschechischen Lehrer bei 47 Jahren. Viele Schulen sind nur deshalb noch nicht geschlossen, weil dort pensionierte bzw. nicht ausreichend qualifizierte Lehrer beschäftigt werden. An einer großen Schule in Prag sind 29 von 59 Lehrern Pensionäre, die froh sind über die Möglichkeit, ihre mageren Pensionen ein wenig aufzubessern.

Erziehungsminister Ivan Pilip sagte, daß eine bessere Bezahlung der Lehrer durch Einsparungen finanziert werden müßten, was laut Schulgewerkschaft CMOSPS zu 900 Stellenstreichungen zur Schließung von Schulen und zu einer Mehrbelastung der Lehrer führen würde.

Solidaritätsbotschaften an: CMOSPS, nam. W. Churchill 2, CZ-113 59 Prag 3, Tschechische Republik, Fax 0042 2 2421-8010.

Tschechische Bergarbeiter: „Unruhe wird aufkommen“

Tausende andere Arbeiter beobachten die Entwicklungen bei den Eisenbahnen und an den Schulen. Viele stehen vor der Entlassung, vor einer Drosselung ihrer Lohnerhöhungen und dem Verlust von Prämien, da die Regierung zunehmend mit finanziellen Problemen zu kämpfen hat. Das Dreiersystem, das von der Regierung der nationalen Verständigung“ seit dem Sturz der Kommunisten gesponsort wird und das auf der „Partnerschaft“ zwischen Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften beruht, ist am Ende, da die Regierung ihre Versprechungen gegenüber den Arbeitern gebrochen hat. Der Bergarbeiterführer Cyril Zapletal sagte, die ganze Situation sei labil und es werde „wahrscheinlich Unruhe aufkommen“. Die derzeit laufenden Aktionen der Eisenbahner und der Lehrer zeigen, daß es recht hat.

(Zusammenstellung: Renate Hennecke)

Erste Erfolge der Hungerstreikaktion von Kurden

Dortmunder Flüchtlinge finden große Unterstützung zahlreicher Organisationen

Dortmund. Vom Verwaltungsgericht Gelsenkirchen wurde entschieden, daß Veysi Yildirim nicht abgeschoben werden darf, bevor nicht die Asylgründe gerichtlich geprüft wurden.

Seit dem 30.1.1997 sind ca. 30 bis 50 kurdische AsylbewerberInnen in der Petrikerkirche in der Dortmunder Innenstadt in den Hungerstreik getreten. Die Hungerstreikenden fordern die Anerkennung von Herrn Yildirim, der Familie Serin und Frau Alma sowie aller anderen Betroffenen, die als politische Flüchtlinge in der Bundesrepublik leben.

Darüber hinaus wenden sich die Hungerstreikenden gegen den schmutzigen Krieg der türkischen Regierung gegen das kurdische Volk und fordern die Bundesregierung auf, jede weitere militärische Unterstützung der Türkei sofort zu stoppen und die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei nicht zu ignorieren.

Die Hungerstreikaktion in der Petrikerkirche fand von Anfang an breite Resonanz und viel positive Unterstützung. Nachdem die Pfarrerin der Petri-Gemeinde, Frau Susanne Degenhardt, die Nutzung der Kirche als Ort für den Hungerstreik respektiert hat, wurde diese Entscheidung auch vom Presbyterium der Kirchengemeinde und dem Superintendenten des Kirchenkreises, Dieter Kock, unterstrichen. Mehr als 50 Organisationen und eine Vielzahl von Einzelpersonen, darunter Landtagsabgeordnete, Künstler, Pfarrerinnen und Pfarrer (Dagmar Schmidt/SPD, Gregor Gysi/MdB PDS, Dr. Winfried Wolf/MdB PDS, Siegfried Martsch/MdL Bündnis 90/Die Grünen, Claudia Roth/MdEP Die Grünen, Max von der Grün/Dortmunder Schriftsteller, Gerhard Zwenz/Schriftsteller, Ingeborg Fey/Pfarrerin,

Manfred Karmecke/Pfarrer, Tong Rosiepen/Pfarrer, Ralf Wisschoff/Flüchtlingsbeauftragter des Vereinigten Kirchenkreises Dortmund, Flüchtlingsrat NRW) unterstützen die Forderungen der Hungerstreikenden. Die Kirchengemeinde Dortmund-Brackel hat in einem Presbyteriumsbeschuß die Entscheidung der Petri-Gemeinde begrüßt und ebenfalls ihre Unterstützung angeboten. Der UnterstützerInnenkreis ist überrascht,

zu. Die Hungerstreikaktion in der Petrikerkirche ist ein Appell an alle Bürgerinnen und Bürger, sich auch in Zukunft mit aller Kraft und allen zur Verfügung stehenden Mitteln für Flüchtlinge einzusetzen, die von Abschiebung bedroht sind.

Der UnterstützerInnenkreis trifft sich jeden Montag, Mittwoch und Freitag in der Petrikerkirche um 18.30 Uhr.

Am 20. Februar findet in Düsseldorf eine Demonstration statt. Wir werden darüber weiter berichten.

Rückfragen unter Tel. 0231/818032.
Spendenkonto: DFG-VK Postbank
Essen, BLZ 360 100 43, Kto 13784439,
Stichwort Hungerstreik

Presseerklärung der
UnterstützerInnengruppe



mit welcher Breite und welchem Engagement die Aktion unterstützt wird und sieht sich damit in der grundsätzlichen Einschätzung der asylpolitischen Lage und den notwendigen politischen Forderungen im Bezug auf die Situation in der Türkei bestätigt.

In der Türkei gibt es keine sogenannten innerstaatlichen Fluchtalternativen wie von der Bundesregierung immer wieder gerne angeführt wird, vielmehr wird der Terror gegen das kurdische Volk unvermindert weitergeführt, und in der augenblicklichen Situation ist auch noch kein Ende dieser Auseinandersetzung abzusehen. Hier ist es notwendig, daß Bürgerinnen und Bürger, Flüchtlingsinitiativen, Flüchtlingsräte und Flüchtlingshilfeorganisationen aktiv werden, um von Abschiebung bedrohte Menschen zu schützen. Den Kirchen kommt dabei eine besondere Funktion

Erster Runder Tisch für ein friedliches Zusammenleben mit den KurdInnen in Mannheim

Auf Initiative des Friedensplenums trafen sich am 29.1.97 im Gewerkschaftshaus etwa 50 Personen zu einem Runden Tisch, der den kurdischen Menschen in Mannheim bessere Lebensbedingungen, d.h. vor allem einen Abbau der herrschenden Diskriminierung und Unterdrückung ermöglichen soll. Eingeladen waren Menschen aus Parteien, Verbänden, Gewerkschaften, Kirchen, Initiativen, Behörden, der Stadtverwaltung und natürlich aus den kurdischen Vereinen. Das Interesse an diesem Runden Tisch wurde von den VeranstalterInnen als erfreulich bezeichnet, wenn gleich es begrüßt worden wäre, wenn die Gemeinderatsparteien besser vertreten gewesen wären und wenn z.B. ein offizieller Vertreter des Ordnungsamtes präsent gewesen wäre. Das Polizeipräsidium hatte drei Beamte entsandt. Für die Moderation hatte sich der evang. Industriefarrer Martin Huhn zur Verfügung gestellt.

Nach einem einleitenden Statement durch einen Vertreter des Kulturzentrum Kurdistan, in dem acht Forderungen bzw. Anliegen der kurdischen Menschen formuliert wurden, erklärte der Ausländerbeauftragte der Stadt Mannheim, H. Schmidt: Es gebe eine grundsätzliche Bereitschaft der Stadt, mit den kurdischen Gruppen zusammenzuarbeiten. Gegen die Forderungen gebe es keine grundsätzlichen Bedenken, auch nicht gegen das Vorhaben, in

der Maimarkt-Halle das diesjährige Newroz-Fest zu begehen. Man solle im übrigen in die Zukunft blicken und nicht über das Vergangene reden.

Zwangsläufig kam es zu einer ausführlichen Diskussion über das PKK-(Betätigungs)-Verbot als Grundlage der Praxis, gegen das Zeigen von PKK-/ERNK-zugeordneten Symbolen polizeilich einzuschreiten - Ursache zahlreicher Eskalations-Situationen. Im Verlauf der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß der Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen und Völkermord immer eng mit politischen Symbolen verbunden ist (Erinnerung an Vietnam).

Die kurdischen Vertreter forderten vom Ausländerbeauftragten konkret die Aufnahme in den Ausländer-Koordinierungsausschuß. Das Recht auf Wahl kurdischer Namen für kurdische Kinder (Standesamt) wurde ebenso eingefordert wie kurdischsprachiger Unterricht.

Zu solchen Forderungen sollen Arbeitsgruppen gebildet und mit den zuständigen Stellen Gespräche geführt werden. Schwerpunkt und gleichzeitig Bewährungsprobe sollen zunächst aber die Verhandlungen um die Newroz-Veranstaltung sein. Der Runde Tisch soll dann wieder zur Erörterung dieser Verhandlungen und ihrer Ergebnisse eingeladen werden.

tht



Enlingen. Ein brotloses Bündnis von antifaschistischen und gewerkschaftlichen Gruppen hatte für den 1. Februar zur Demonstration gegen die sogenannte nationale Begegnungsstätte der NPD/JN in Enlingen aufgerufen. 3000 nahmen teil. Eine von der NPD angemeldete Gegendemonstration war vom Landratsamt Reutlingen verboten worden, Gerichte bis zum VG Mannheim bestätigten dieses Verbot. Schon seit langem gibt es örtlichen Widerstand: Eine Bürgerinitiative hat einen Handwerkerboykott organisiert, dafür wurden 1500 Unterschriften gesammelt. Letztes Jahr folgten 700 Einwohnerinnen und Einwohner Enlingens einem Aufruf und verließen die Halle, in der der damalige NPD-Vorsitzende Günter Deckert als Bürgermeisterkandidat auftrat. Aus dem Ort nahmen, so berichtet die Südwestpresse, etwa 300 Menschen an der Demonstration teil; die anderen kamen aus der Region und der ganzen BRD.

NPD-Aufmarsch abgesagt

Aschaffenburg. Aus Gründen der Sicherheit hat die NPD ihren für den 22. Februar geplanten „Hans-Münstermann-Marsch“ abgesagt. Berichterstattungen über mögliche Verbindungen zwischen dem waffensammelnden Mitglied der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“, Lothar S. aus Amorbach und dem NPD-Aufmarsch hätten „geheimdienstlich gesteuerte Autonomenbanden und andere Störer“ derart mobilisiert, daß die Demonstration nicht mehr zu verantworten wäre, so die NPD. Die Veranstaltung, so NPD-Kreisvorsitzender Klaus Beier, werde jedoch „künftig ... wieder aufgegriffen“, da die Demonstration „zu einem Teil der politischen Kultur“ der Stadt geworden sei. Allerdings dürfte eine solche Demonstration nicht mehr als „Hans-Münstermann-Marsch“ deklariert werden. Nach einer Klage der Familie des 1993 bei einer Auseinandersetzung ums Leben Gekommenen, darf der Name von der NPD nicht weiter verwendet werden.

Trotz der Absage der NPD werden die geplanten antifaschistischen Gegenveranstaltungen durchgeführt. Solange, bis NPD-Aufmärsche in Aschaffenburg der Vergangenheit angehören.

hma

Wir setzen „Frauenzeichen“

Stuttgart. Eine landesweite Aktion für mehr Arbeitsplätze und soziale Sicherheit. 8. März 1997, 11 Uhr Treffpunkt Schoßplatz Stuttgart. 12.00 Uhr Kundgebung mit Ulrike Engelen-Kefer, stellv. Vorsitzende des DGB-Musikprogramm mit Anne Haigis und Accoustic-Band, 19.30 Uhr Anne Haigis und Accoustic-Band, Konzert im Gewerkschaftshaus Stuttgart, Willi-Bleicher-Str. 20. Zu der Veranstaltung rufen zahlreiche Frauenausschüsse und Frauengruppen der Einzelgewerkschaften auf und: DAG Frauen-Forum Stuttgart, Die Grünen Stuttgart u. Landesverband Baden-Württ., Paritätischer Wohlfahrtsverband, Naturfreunde Frauen Stuttgart, Frauentreff im Stuttgarter Arbeitslosenzentrum SALZ e.V., DKP, VVN-BdA, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), Frauenverband Courage e.V. Cannstatt u. Feuerbach, ArbeiterInnen Selbsthilfe, Interessengruppe Sozialhilfe Stuttgart.

Eurofighter-Finanzierung – ein Skandal

Tübingen. Die vorgesehene Spezialfinanzierung des Eurofighter 2000 ist

„Defizite bei der Strafverfolgung?“ Zahlreiche linke Kandidaturen!

Aufrüstung gegen die Gefahr aus dem Osten

Hamburg. Wohl mehr als 200 Menschen, dem Eindruck nach überwiegend Richter und Staatsanwälte, verfolgten am 27. Januar eine Podiumsdiskussion im Ziviljustizgebäude unter der Fragestellung: „Defizite bei der Strafverfolgung?“ Auf dem Podium saßen Generalstaatsanwalt Weinert, der Vorsitzende des Staatsschutzsenats am OLG Mentz, LKA-Chef Sielaff, Freiberg von der Polizeigewerkschaft GdP, der ehemalige niederländische Justizminister Hirsch Ballin sowie Rechtsanwalt Kury.

Anstelle eines detaillierten Berichts sollen einige Eindrücke über Tendenzen in Politik und Justiz wiedergegeben werden, die in der Diskussion – es ging dabei um die sogenannte „Organisierte Kriminalität“ („OK“) – ihren Niederschlag fanden. So plädierte der ehemalige niederländische Justizminister dafür, das Territorialprinzip bei der Strafverfolgung aufzugeben, da der Rechtsstaat sich nicht innerhalb der Grenzen entwickeln lasse. Nicht staatliche Souveränität müsse das Leitprinzip bei der Strafverfolgung sein, sondern: „Gerechtigkeit“. Generalstaatsanwalt Weinert warnte vor einer „Welle“ aus dem Osten, die Deutschland zu „überschwemmen“ drohe. Die Gesetzgebung stückelt seiner Auffassung nach herum, ohne der Entwicklung der „OK“ nachzukommen. Es fehle ein Konzept für die Bekämpfung des sich verschärfenden Problems „OK“, da es weder eine Analyse der Ursachen noch eine „Philosophie“ für die Verfolgung gebe. Schon jetzt sei die Justiz hoffnungslos überlastet, die Banden- und Gewaltkriminalität könne nur segmentarisch erfaßt werden, Akten blieben liegen etc. Er forderte zum einen mehr „europäische Vernetzung“ (bei Verwendung moderner Technik). Zum anderen müsse die Frage, wie der Rechtsstaat definiert werde, schnellstens geklärt werden, bevor sie „von rechts“ geklärt werde. Seine „Definition“ laufe, warf ihm Rechtsanwalt Kury anschließend vor, auf die Aushöhlung der Beschuldigtenrechte und den endgültigen Abschied vom Strafprozeßrecht als Verfassungsrecht hinaus. Kury griff an, daß mit der „OK“-Propaganda ein Notstand heraufbeschworen werde,

der für die Entwicklung polizeilicher Prävention, die Einbeziehung der Geheimdienste in die Strafverfolgung und die Verflechtung von Polizei und Geheimdiensten, die Aushebelung der Strafprozeßordnung etc. herhalte. Bemerkenswert noch am Rande, daß sich der LKA-Chef Sielaff Kury tendenziell, wenngleich zurückhaltend, anschloß.

Es sollte der Frage nachgegangen werden, welcher Art „Notstand“ heraufbeschworen wird und welche Zwecke damit und mit der Entwicklung der Verfolgungsinstrumentarien – nicht ausschließlich, aber eben auch – verfolgt werden. Das Bild, das die „OK“-Propaganda an die Wand malt, ist vornehmlich das der Bedrohung aus dem Osten, von der Russen-Mafia, polnischen Autoschiebern, brutalen Rumänen-Banden usw. Hier wird an einem neuen Feindbild gearbeitet, das mit der Entwicklung der Kriminalität und der Bedrohung durch Kriminalität nur wenig zu tun hat. Hintergrund ist m.E. viel mehr, daß sich die Herrschenden bewußt sind, daß der ruinöse Anschluß der osteuropäischen Länder und Rußlands an den Weltmarkt und die Ostexpansion der deutschen Wirtschaft Gegenreaktionen hervorrufen werden. Die Durchdringung und Unterwerfung der Wirtschaftsräume im Osten vernichtet die Lebensbedingungen von Millionen Menschen und die Entwicklungsmöglichkeiten ganzer Erdstriche. Die dramatische Verarmung und Entwurzelung großer Menschenmassen führt absehbar nicht nur zu Wanderungsbewegungen größeren Ausmaßes, gegen die sich die „Festung Europa“ rüstet, sondern auch zu Unruhen, Revolten, Aufständen. In diesem Zusammenhang ist die Osterweiterung der Nato (auch) zu sehen, und in diesem Zusammenhang werden bei der „Bekämpfung der OK“ Instrumente geschaffen, die auch in der grenzüberschreitenden Aufstandsbekämpfung und bei der Repression größerer Bevölkerungsgruppen einsetzbar sind. Nicht zufällig findet die Kurdenverfolgung in der BRD zu einem Gutteil unter dem Titel und mit den Instrumenten der „Bekämpfung der organisierten Kriminalität“ statt.

scc

Haben Rechte eine Chance?

Hessen. Die Kommunalwahlen am 2. März stehen unter einem starken bundespolitischen Vorzeichen. Ob bzw. wie sich in den Wahlergebnissen Unzufriedenheit und Protest gegen die Politik der Kohl-Regierung ausdrücken wird, läßt sich zur Zeit nur schwer beurteilen. EU-Bürger werden bei diesen Kommunalwahlen erstmals wahlberechtigt sein.

Vor vier Jahren waren die Verluste der CDU gering und uneinheitlich. Die SPD dagegen hatte erdrstürzende Verluste vor allem in den Großstädten hinnehmen müssen. Die Wahlbeteiligung war weiter gesunken. Faschistische Parteien und Gruppierungen (Reps, NPD, DVU) konnten landesweit 9,2 % der Stimmen mobilisieren.

Die Ergebnisse für zahlreiche linke Wahlbündnisse und Oppositionslisten waren damals nicht schlecht. Sie wurden häufig unter Beteiligung der DKP gegründet oder kandidierten als offene DKP-Listen. In einigen Fällen konnten wieder Mandate errungen werden, die zum Teil auf einer langjährigen kommunalpolitischen Arbeit beruhten (Mörfelden-Walldorf, Reinheim, Hessisch-Lichtenau, Langenselbold ...). In Frankfurt kandidierte ein Bündnis der Ökologischen Linken Liste und der PDS (Öko-LinX). Unter Ausgrenzung der DKP wurde ein von der PDS finanzierter Wahlkampf in Konkurrenz zu den Grünen geführt. Das Ergebnis waren 3.249 Stimmen, d. h. magere 1,2 %.

Ob sich die linken Wahlbündnisse und offenen DKP-Listen, die am 2. März erneut kandidieren, auf dem bisherigen Niveau halten können, ist nicht sicher. Anders als 1993 wird die PDS mit offenen Listen in einer Reihe von Städten antreten, zum Teil auch in Orten, wo es vor vier Jahren keine linken Kandidaturen gegeben hat. Offene Listen der PDS wurden in folgenden Städten eingereicht: Bad Homburg, Frankfurt am Main, Fulda, Giessen, Kassel, Offenbach. In Marburg ist die PDS ein Bündnis mit der „Marburger Linken“ eingegangen, die hier 1993 3,5 % erhielt. Vor vier Jahren traten in Marburg entgegen starker Bemühungen der DKP zwei linke Listen an. Neben der „Marburger Linken“ kandidierte die GAL, die damals 4,85 % er-

zielte. Die DKP war vor der letzten Kommunalwahl 1993 in Marburg in der Stadtverordnetenversammlung vertreten (5,8 %).

Linke Bündnisse wird es unserer Kenntnis nach darüber hinaus geben in Gersfeld, Maintal, Hessisch Lichtenau und Wiesbaden (ein Ortsbeirat). Die DKP ist hier jeweils beteiligt, die PDS nur in Maintal. Mit offenen Listen kandidiert die DKP in Darmstadt, Mörfelden-Walldorf und Reinheim. Neu und interessant ist schließlich, daß in drei Orten die Grünen ihre Listen für PDS- und DKP-Mitglieder geöffnet haben. So in Egelsbach und im Werra-Meißner-Kreis für die PDS und in Langenselbold für die DKP. In Langenselbold war die DKP bis jetzt mit drei Sitzen in der Stadtverordnetenversammlung vertreten. Bündnis 90/Die Grünen hatten hier nicht eigenständig kandidiert. Insgesamt läßt sich sagen, daß Listen, die von der PDS oder der DKP begründet wurden oder wo sie mitwirken, sich in erster Linie ergänzen. Kooperation findet nur vereinzelt statt.

In Frankfurt ist die Entwicklung ähnlich unerfreulich wie vor vier Jahren. Während die Gefahr besteht, daß die derzeit rechnerisch noch vorhandene rotgrüne Mehrheit im Gemeindeparlament ersetzt wird durch schwarzgelb und die REPs in Meinungsumfragen um 5 % gehandelt werden, konkurrieren in der Opposition zwei linke Listen, die PDS/Offene Liste und das Internationale Linke Bündnis für Frankfurt. Letzteres wird vor allem unterstützt durch die DKP und Mitglieder der Kommunalen Ausländervertretung. Verschiedene Anstrengungen, eine einzige oppositionelle Liste zu bilden, waren gescheitert. Die PDS müßte ihr Bundestagswahlergebnis (ca. 6.500 Stimmen) hier verdoppeln, um die 5 % Hürde zu überspringen. ola



Nicht immer sind die Neofaschisten so ungestört

nach Ansicht der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. ein sozialpolitischer Skandal: Eine Sonderfinanzierung je zur Hälfte aus dem Verteidigungsministerium und dem Finanzministerium ist äußerst ungewöhnlich für ein Rüstungsprojekt. Dieser Eurofighter-Finanzierungsbeschluß der Bundesregierung bedeutet zusätzliche Gelder für Rüstungsprojekte in Höhe von 4 Milliarden DM, also eine faktische Anhebung des Verteidigungshaushaltes in den Jahren 1998 bis 2001 um jährlich 1 Milliarde DM. Der in der Öffentlichkeit erzeugte Eindruck, der Verteidigungshaushalt würde substantiell gekürzt, ist eine Lüge. Der investive Bereich des Verteidigungshaushaltes soll nach wie vor in den nächsten Jahren steigen. Derzeit gibt es nach Recherchen der Informationsstelle mindestens 215 (!) Beschaffungsprojekte für die neue Bundeswehr. Nach den Zahlen aus dem Verteidigungsministerium (Bundeswehrplan 1997 und „Zeittabelle für wesentliche Großvorhaben“) sind für sämtliche derzeit konzipierten Beschaffungsprojekte insgesamt 192,7 Milliarden DM, also fast 200 Milliarden DM, eingeplant, davon allein für den Zeitraum bis 2001 42,6 Milliarden DM. Die derzeitige Finanzierung des Eurofighter 2000 ist – so wie es

aussieht – ohne die Bewaffnung vorgesehen, trotzdem soll ein einzelnes Flugzeug 125,4 Millionen DM kosten. Die Bundesregierung spürt, daß diese unseriöse Finanzplanung parlamentarisch abgesegnet werden müßte und setzt eine Zustimmung des Bundestags zu dieser Trickfinanzierung vor den Vertragsabschluß. Die Informationsstelle Militarisierung sieht darin eine letzte Chance, um die Geldverschwendung für diesen milliardenverschwenkten Todesvogel abzuwenden! „Wir werden uns mit dafür einsetzen, daß der Eurofighter 2000 nicht gebaut wird!“

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., Burgholzweg 116/2, 72070 Tübingen, Telefon und Fax (07071)-49154

Barriere für Bayerns § 218-Sonderweg

München. Ein erster praktischer Fall, der den bayerischen Sonderweg zum § 218 ins Aus führte, ist jetzt bekannt geworden. Eine Krankenkasse hatte sich geweigert, einer bayerischen Patientin den in Baden-Württemberg durchgeführten Schwangerschaftsabbruch zu bezahlen. Die Kasse wollte sich an ein Rundschreiben der bayer. Sozialmini-

sterin Barbara Stamm halten. Dieses wies nämlich im September 1996 die bayer. Krankenkassenverbände darauf hin, daß die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche bei Frauen, deren Einkommen 1.700 DM nicht übersteigt, nur noch dann vom Freistaat erstattet werden, wenn die im Freistaat geltenden neuen Regelungen eingehalten wurden. Danach darf der Schwangerschaftsabbruch allein von Ärztinnen oder Ärzten durchgeführt werden, die die Anerkennung auf dem Gebiet der „Frauenheilkunde und Geburtshilfe“ erworben haben. Zudem dürfen die Einrichtungen, in denen der Abbruch vorgenommen wird, nicht mehr als 25 Prozent ihrer Einkünfte durch Abbrüche erzielen. (siehe auch PB Nr. 3). Daraufhin brachten SPD und Bündnis 90/Die Grünen Dringlichkeitsanträge zur Übernahme dieser Kosten ein. Sie hatten Erfolg. In einem neuerlichen Schreiben mußte die Ministerin die Krankenkassen davon in Kenntnis setzen, daß diese Kosten vom Freistaat selbstverständlich auch dann erstattet werden, wenn der Abbruch bei Einrichtungen in anderen Bundesländern vorgenommen wird, die die bayerischen Voraussetzungen nicht erfüllen. Die Grünen kommentierten boshaft: „Im Klartext bedeutet dies, daß sich die

Staatsregierung als Folge ihres umstrittenen Sonderweges nun dazu gezwungen sieht, auf Schwangerschaftsabbrüche spezialisierte Einrichtungen in anderen Bundesländern mitzufinanzieren, die die von ihr aufgestellten Kriterien nicht erfüllen.“ baf

Abschiebungen von Bosniern werden vorbereitet

Essen. Die Ausländerbehörden bereiten sich auf die „Rückführung“ bosnischer Kriegsflüchtlinge ab 1.4. vor. Die Arbeitsgemeinschaft Bosnien von Pro Asyl/Flüchtlingsrat bittet um Unterstützung gegen die Zwangsrückführungen. Ein Podiumsgespräch am 31.1.1997 zum Thema ergab ein wichtiges Ergebnis: Die SPD-Ratsfrau Maria Jammes will bei der Ausländerbehörde gegen eine schriftliche Umfrage des Ausländeramtes unter den bosnischen Flüchtlingen intervenieren. Diese ist in einem so mißverständlichen und bürokratischen Deutsch geschrieben, daß viele Flüchtlinge sie für die Ausweisung halten. Wer den Appell unterstützen möchte, kann Kontakt zur Geschäftsstelle von Pro Asyl/Flüchtlingsrat, Maxstr. 11, Tel. 20539 aufnehmen. syb

Aufruf zur Demo in Magdeburg

Wegen des von rechtsradikalen Jugendlichen verübten Mordes an dem 17-jährigen Punk Frank Böttcher in der Nacht zum 8. Februar 1997 rufen wir für den 22. Februar 1997 auf zu einer Demonstration in Magdeburg unter dem Motto:

Nichts und niemand ist vergessen • Den rechten Terror bekämpfen!

Sie beginnt (pünktlich!) um 14.00 Uhr am Zentralen Platz in der Magdeburger Innenstadt, führt zum Ort der Ermordung im Stadtteil Olivenstedt und wieder zurück in den Stadtteil Stadtfeld, in dem der Bahnhof liegt und Fahrzeuge ziemlich sicher vor Beschädigungen durch Nazis geparkt werden können.

Wir wollen die Demo weder als „Rachefeldzug“ oder „Vergeltungsaktion“ in Magdeburg Olivenstedt verstanden wissen, noch haben wir Interesse an einer Schlacht mit der Polizei. Wir wollen unsere Auffassung zu faschistischem Terror, zur Verantwortlichkeit der herrschenden Gesellschaft und zur Verquickung der Interessen der Regierenden mit denen der faschistischen Ideologie deutlich machen.

Kurz vor Beginn der Demonstration soll noch ein Städte-Delegierten-Treffen stattfinden, um aktuelle Meldungen etc. bekannt zu machen. Seid also möglichst rechtzeitig vor Ort!!

Mobilisiert in Eurer Stadt, führt Vorbereitungstreffen durch, macht Busse klar!

Am Mittwoch, dem 19. Februar 1997 um 20 Uhr findet in der Gerhart-Hauptmann-Straße 18 in Magdeburg (in der Nähe des Hauptbahnhofs) das überregionale Vorbereitungstreffen zur Demo statt.

mit antifaschistischen Grüßen

Die Antifaschistische Initiative

Magdeburg, den 14. Februar 1997

An diesem und am nächsten Wochenende sind die Telefone wie folgt geschaltet:

Info Telefon: (0391) 731 70 63 oder (0391) 732 92 18

EA-Nummer: (0391) 733 32 51.

gez. Antifaschistische Initiative, c/o Blaue Welt-Archiv, Uhland-Straße 8, 39108 Magdeburg.

Die Antifaschistische Initiative Magdeburg zum Mord an Frank Böttcher

...Dieser Mord stellt sich für uns in eine Reihe mit der Ermordung Torsten Lamprechts 1992 und den pogromartigen Attacken auf Ausländer in der Innenstadt am Himmelfahrtstag 1994.

Er ist der Höhepunkt einer zu keiner Zeit unterbrochenen Folge von Angriffen auf Menschen, die nicht ins enge, dumpfdeutsche Weltbild der Nazis passen.

Diese Vorfälle sind Folge einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung nach rechts: Statt Offenheit und Toleranz zu üben, wird sich abgegrenzt gegen die, die ausscheren und sich dem Konsum und den traditionellen Konventionen verweigern; statt Menschen, die aus ihrer Heimat vor Krieg und Hunger flüchten, zu helfen, werden sie diskriminiert und beschimpft; statt sich gemeinsam und solidarisch gegen den Abbau sozialer und anderer Grundrechte zu wehren, ziehen sich die meisten ratlos ins Privatleben zurück.

Durch eine Politik der Ausgrenzung

von Schwächeren und sozial Benachteiligten ebnet die Bonner Regierung den rechten Schlägern und ihrer Ideologie den Weg. Natürlich spielen auch der Mangel an Lehrstellen und sinnvollen, nichtkommerziellen Freizeitangeboten wie auch Frust und Gruppendynamik eine wichtige Rolle – doch diesen Dingen die ausschließliche Schuld an einem Mord wie diesem zu geben, heißt die Täter zu Opfern zu machen. Niemand würde wohl nur deshalb einen Menschen umbringen. Außerdem wäre es ebenso falsch wie naiv, angesichts des erbarmungslosen Einsatzes eines Messers von einem „Unfall“ auszugehen.

Die gesellschaftlichen Bedingungen, die so ein Klima der Ausgrenzung und Gewalt gegen alles, was als „anders“ definiert wird, möglich machen, müssen grundlegend geändert werden – mit ein paar neuen Sozialarbeitern für das Umfeld der Mörder oder einem neuen Jugendclub ist es nicht getan. ...

(Aus Platzgründen gekürzt, d. Red.)



Etwa 3.000 Menschen demonstrierten am 8. März in Berlin (Bild) aus Anlaß des 150. Jahrestages der Firma Siemens gegen die Atompolitik der Firma und für die Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen. Mehrfach kam es zu Übergriffen der Polizei. Auch am 12. März, zur Aktionärsfeier des Konzerns im Berliner ICC, protestierten etwa 100 Personen vor dem Gebäude. Die Festrede von Siemens-Chef von Pieror wurde mehrfach von Zwischenrufen und Protesten unterbrochen, auch Transparenzen wurden aufgehängt. Dem Aktionsbündnis gehören inzwischen 300 Organisationen und Gruppen an, die Aktionen sollen fortgesetzt werden. (rll)

Aufmarsch von Neonazis in Hellersdorf verhindert

Von Klaus-Jürgen Dahler, PDS Hellersdorf.

Die Jugendorganisation der NPD, die Jungen Nationaldemokraten, hatte für den 15. Februar 1997 in Berlin-Hellersdorf einen Aufmarsch unter dem Motto: „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ angekündigt.

Unmittelbar nach der Kenntnisnahme des Planes der Neonazis bildeten sich antifaschistische Bündnisse zur Abwehr der Naziaktion. Die CDU-Fraktion beauftragte vor der Bezirksverordnetenversammlung Hellersdorf den Bürgermeister, Dr. Uwe Klett (PDS), alles zu tun, um den Naziaufmarsch zu verhindern. Der CDU-Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen einstimmig angenommen. Der Bezirksbürgermeister stellte sofort den Antrag auf ein Verbot des Aufzuges. Dabei verwies er auf Artikel 3 des Grundgesetzes der BRD und Artikel 20 der Berliner Verfassung, daß „niemand wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens ... benachteiligt oder bevorzugt werden darf“. Der Innensenator von Berlin, Schönbohm (CDU), lehnte ein Verbot mit Hinweis auf das Parteiengesetz ab. Anfang Februar bildete sich auf Initiative des Bezirksbürgermeisters ein antifaschistisch-demokratisches Bündnis zur Verhinderung des Naziaufmarsches. Dem Bündnis gehörten Vertreter der CDU, der SPD, der PDS, des Bündnisses 90/Die Grünen, der Gewerkschaften, Antifaschistischer Verbände und von Jugendorganisationen an. Das Bündnis erklärte, daß es zum einen den Aufmarsch der Neonazis verhindern und zum anderen die soziale Demagogie und den Rassismus der Losung aufzeigen wolle.

Knapp 7 Millionen Nichtdeutsche leben in der BRD. Das sind auf 81,5 Millionen Einwohner 8,6 Prozent der Gesamtbevölkerung. 3,2 Mio. davon leben schon länger als 11 Jahre in Deutschland. Aber nur 883.000 Menschen haben eine gesicherte Aufenthaltserlaubnis, die einer Gleichbehandlung – wie im Grundgesetz gefordert – nahe kommt. Entgegen offiziellen Beteuerungen ist die Bundesrepublik Deutschland ein Einwanderungsland. Von 1959 bis 1989 wanderten rund 2 Millionen sogenannte deutsche „Aussiedler“ aus der ehemaligen UdSSR in die BRD ein.

In der herrschenden Terminologie werden die Opfer von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu Tätern. Nicht von den Deutschen, sondern von den Ausländern wird „Integrationsbereitschaft“ vorausgesetzt. Gewalt und Straftaten gegenüber AusländerInnen werden oft nicht mit der notwendigen Härte geahndet. Zwischen Oktober und Dezember 1996 wurden laut Bundeskriminalamt 169 solcher Straftaten registriert. Dabei wurden lediglich 3 Tatverdächtige bis zum heutigen Zeitpunkt festgenommen. Das zeigt, daß in der BRD ein Klima entsteht, dem entschieden entgegengetreten werden muß.

Das Hellersdorfer Bündnis hatte zur Abwehr der Nazikundgebung mehrere eigene Veranstaltungen zum 15.2. angemeldet. So wurde eine Kundgebung um 12 Uhr an einer antifaschistischen Gedenkstätte vorbereitet. Zugleich wurde am Aufmarschort der Nazis um 14 Uhr vor dem S-Bahnhof Kaulsdorf eine Gegenkundgebung initiiert. Die PDS Hellersdorf meldete zum Treffpunkt der

Neonazis um 14 Uhr am S- und U-Bahnhof Wuhletal eine Kundgebung an. Die Veröffentlichungen der AntifaschistInnen sowie die Breite des Bündnisses führten dazu, daß die Neonazis ihren Aufmarsch absagten, aber die Veranstaltung nicht abmeldeten. Deshalb entschloß sich das Hellersdorfer Bündnis, alle Gegenveranstaltungen planmäßig durchzuführen. Am 15.2. demonstrierten dann ca. 1.000 Teilnehmer vor dem antifaschistischen Ehrenmal in Kaulsdorf und brachten zum Ausdruck, daß Neonazismus und Rassismus in Hellersdorf und anderswo keinen Platz haben. Mehrere RednerInnen betonten, daß der, der Forderung wie „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ aufstellt, die Gesellschaft spaltet. Er hetzt die Schwachen und Benachteiligten gegeneinander und verstößt gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Junge und Alte brachten gleichermaßen zum Ausdruck, daß sie heute und perspektivisch Aufmärsche von Neonazis nicht dulden werden. Die Veranstaltung wurde vom Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung, Peter Winkel (PDS), moderiert. Es sprachen Vertreter antifaschistischer Organisationen, der PDS, der SPD, der CDU und des Verbandes jüdischer Jugendlicher.

Im Anschluß an diese Kundgebung begaben sich Teilnehmer dieser Protest- sowie die einer Alternativveranstaltung eines Berliner Antifaschistischen Bündnisses zum S- und U-Bahnhof Wuhletal. Dort hatte die Berliner Polizei fünf Hundertschaften ihrer Einsatzkräfte konzentriert. Als der Verantwortliche der PDS Veranstaltung, der Bezirksvorsitzende der PDS Hellersdorf, Klaus-Jürgen Dahler, die Verbindung zum Leiter der Polizei aufnehmen wollte, konnte er nur noch feststellen, daß die Polizei bereits massiv gegen die Kundgebungsteilnehmer vorging. Auftauchende Neonazis erhielten Polizeischutz, während gegen friedliche AntifaschistInnen brutal vorgegangen wurde. Erst nach 45 Minuten gelang es, den Leiter der Polizeikräfte zu finden und zu konsultieren. Nun wurde es möglich, die angemeldeten Lautsprecher zum Einsatz zu bringen und die Veranstaltung friedlich fortzusetzen. Bis dahin wurden über 15 AntifaschistInnen, darunter Gewerkschaftsfunktionäre und Mitglieder des Landesvorstandes der PDS Berlin, festgenommen. In den Medien wurden nicht die Provokationen der Neonazis und der Polizei als Nachrichten vermarktet, sondern es war nur noch von Schlägereien zwischen Linken und Rechten die Rede. Innensenator Schönbohm machte vor dem Fernsehsender B1 gar das Antifabündnis und den Bezirksbürgermeister von Hellersdorf, Dr. Uwe Klett, für die Ausschreitungen und die sich anschließende Gewaltorgie der Polizei verantwortlich. Die Kundgebungsteilnehmer, die friedlich und gewaltlos ihren Protest zum Ausdruck bringen wollten, ließen sich nicht beirren und traten bis zum Abschluß der Veranstaltung dafür ein, daß Nazis keine Chance bekamen. Die Erfahrungen des breiten Bündnisses, das letztendlich den Aufmarsch verhinderte, sollte nicht nur in Berlin Berücksichtigung finden. Friedlich und gewaltlos können Naziaufmärsche verhindert werden.

Klaus-Jürgen Dahler ist Bezirksvorsitzender der PDS Hellersdorf.

Daimler – Auf zu neuen Ufern?

„Schlanke Produktion“: Die Leistungsschraube wird hemmungslos angezogen

Mit neuen Produkten soll das Daimler-Werk Wörth auf Effizienz getrimmt werden. Einen „Quantensprung“ will die Konzernführung durch eine Reduzierung der Teilevielfalt erreichen.

Wenige Zulieferer produzieren künftig komplette Bausysteme, dadurch reduziert sich die Teilevielfalt bis 1998 in Wörth um bis zu 75 Prozent, die Zahl der Zulieferer um die Hälfte, die Beschäftigten um ...? „Viele Bauteile sind universell einsetzbar, ... der gleiche Auspuffkopf kommt zum Einsatz, unabhängig von der Motorleistung.“ Die Vielzahl von elektrischen Leitungen wird ersetzt durch ein hochentwickeltes Bausystem, das über eine Leitung gleich mehrere Impulse weitergeben kann. „So bekommen wir die Chance, sämtliche betrieblichen Abläufe zu optimieren und Kosten in hohem Maße zu senken“, so die Werkleitung. Die Auslagerung der Kunststoffteilfertigung, die 1995 mehrheitlich an die Sommer-Allibert Industrie AG verkauft wurde, war nur der Anfang. Für die Manageretage gibt es in punkto Auslagerung – außer beim Rohbau, dem Fahrerhaus-Innenausbau, der Lackierung und Montage – keine Tabus mehr. Und was sind heute schon Tabus!

Im Visier sind in erster Linie die Stanzteilfertigung, der Schweißzusammenbau und unter Umständen die Sparte Druckluftleitungen. Da die Konzernführung aber bis jetzt noch keine passenden Partner gefunden hat, erhofft man sich, diese im Osten zu finden.

Weiter will das Management eine Senkung der Krankheitsrate. Diese liegt in Wörth um 1,5% über dem bundesweiten Schnitt. Dies sei nicht zu akzeptieren. Außerdem steht, wie in allen anderen

Werken die „Steinkühler-Pause“ zur Disposition, nach der die Beschäftigten pro Stunde fünf Minuten Pause machen können. Eine Verringerung der Fertigungstiefe ist angekündigt, sie soll in Wörth von derzeit 14,8% auf 12,5% in spätestens vier Jahren gedrückt werden. Mit dem neuen schweren LKW der Reihe „Actros“ soll dann aus der reduzierten Belegschaft noch mehr herausgepreßt werden. Allein in Gaggenau sollen 50 000 Getriebe und bis zu 58 000 Achsen pro Jahr für den Actros hergestellt werden. Entwickelt worden ist der LKW in den USA, bei der Daimlertochter Freightliner. Nach der neuerlichen Optimierung der Abläufe sollen nochmals 10% weniger Beschäftigte benötigt werden. „Das muß aber nicht Personalüberhang heißen“, so die Werkleitung. Was denn sonst? Auf alle Fälle stehen weitere Flexibilisierungsmaßnahmen an. Wer glaubt da an die Äußerung: „Bei der Reduzierung der Lohnstückkosten werden wir nicht hemmungslos in die Lohntüte greifen.“ Sie werden hemmungslos greifen, sofern sie nicht gehemmt werden!

Im Werk Gaggenau sollen in den nächsten drei Jahren 700 Beschäftigte den Konzern verlassen, seit 1991 sind bereits 2 500 abgebaut worden, so daß jetzt noch 7 500 beim Daimler schaffen. Der Stellenabbau soll angeblich durch neue Arbeitsumfänge aus anderen Bereichen aufgefangen werden.

Im Zuge der Neustrukturierung soll die Fertigung der AP-Achsen dem Werk Kassel zugeordnet werden, die AP-Achsenproduktionswerkstätten mit rund 900 Arbeitern werden künftig ein eigenes Werk im Nutzfahrzeugverbund bil-

den. Angestrebt wird die Achsen über Rockwell, den Marktführer in den USA, zu vertreiben.

Die Unimogproduktion ist ebenfalls rückläufig, die Produktionstiefe wurde von 40% auf weniger als 20% gedrückt. Gleichzeitig ist seit 1989 die Leistungsabforderung in der Fabrik um 30% angestiegen. Mit der Gründung der „Mit-arbeitsentwicklungs-Vermittlungsinitiative“ (MRVI) sollen Beschäftigte für neue Aufgaben unter anderem an anderen Standorten, vor allem im PKW-Bereich oder als Scheinselbstständige qualifiziert werden. Konkret besteht für die Werk- und Konzernleitung bis Ende 1998 in Gaggenau ein „Personalüberhang“ von 400 direkten und 250 indirekten Lohnempfängern. Lösung: „Frühpensionsierungsprogramme und Ausscheidungsvereinbarungen“ bis Ende 1998. Über die Verlängerung der Maschinenlaufzeiten sind bereits Betriebsvereinbarungen abgeschlossen. Sie sieht zehn Samstagsschichten als zuschlagsfreie Normalarbeitszeit vor, mit dem Ziel maximal 45 Schichten am Samstag pro Jahr im Dreischichtbetrieb zuschlagsfrei zu nutzen. Außerhalb des Dreischichtbetriebes werden die zehn Samstage übers Jahr verteilt, d.h. pro Monat bis maximal zwei Samstage.

In der Betriebsvereinbarung ist dann auch noch festgehalten, daß am Samstag wie an anderen Wochentagen geschätzt werden muß: „Beide Seiten stimmen überein, daß in diesen Samstagsschichten die gleiche Ausbringung erreicht wird wie im Durchschnitt einer normalen Wochenschicht.“

So wird der Samstag dann tatsächlich zum „Normalarbeitstag“! – (gek)

Vertrauensleute von Sick Waldkirch protestieren gegen Zwickels Ausländerquote

Lieber Kollege Zwickel, mit großer Beunruhigung und mit Erstaunen haben wir aus den Medien erfahren, daß Du inzwischen eine Ausländer-Quotierung für Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten forderst. (in Focus 5/97, d. Red.)

Wir waren immer der Meinung, daß es für uns Gewerkschafter/innen keine Grenzen gibt und die Nationalität keine Rolle spielt, sondern wir alle gleich sind auf der Erde. Wir waren bisher der Meinung, daß die IG Metall keine Ausnahmen macht unter den Nichtdeutschen, daher sind wir sehr überrascht über Deine oben zitierte Äußerung ...

Wir befürchten auch, daß Du mit solchen Äußerungen eine zusätzliche Spaltung innerhalb der nichtdeutschen Mitbürger und auch in der IG Metall riskierst. In der IG Metall sind 287 781 Ausländer/innen Mitglieder, davon weit über 60% aus Nicht-EU-Staaten. Allein die türkischen, kurdischen und ehemals jugoslawischen Kolleginnen und Kollegen machten 1994 64% der ausländischen Mitglieder aus. Glaubst Du wirklich, daß man über eine solche beachtliche Zahl hinweggehen kann?

Besonders gefährlich finden wir Deine beiden Behauptungen, eine Ausländerquotierung würde „den Arbeitsmarkt entlasten“ und „sozialen Sprengsatz entschärfen“. Zu Recht hat Kollege Schulte vom DGB-Bundesvorstand darauf hingewiesen, daß solche Äußerungen schnell Ausländerfeindlichkeit schüren... Wir bitten Dich dringend um ein klärendes Wort in dieser Angelegenheit in der Öffentlichkeit, damit der Schaden begrenzt werden kann ...

In der Hoffnung auf eine Antwort Deinerseits verbleiben wir mit gewerkschaftlichen Grüßen“ (stark gekürzt)

Protest gegen Steuerreform 1999

Betriebsrat und IG Metall-VK schreiben offenen Brief

Betriebsrat und Vertrauenskörper der IG Metall bei der Fa. Grau GmbH in Heidelberg haben sich am 28. Januar in einem Brief an die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP gewandt, um gegen die geplante Besteuerung von Zuschlägen zu protestieren. Sie schreiben u.a.:

Sehr geehrte Damen und Herren, ... Anscheinend versuchen Sie nach wie vor daran festzuhalten, bei der teilweisen Steuerbefreiung von tariflichen Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschlägen handele es sich um sog. „Vergünstigungen“. CSU-Landesgruppenchef Glos spricht gar von „ungerechten Subventionen“, die gestrichen werden müßten. Dies empfinden wir als skandalös, angesichts der Tatsache, daß es hier um besonders belastende Arbeitsbedingungen geht, unter denen nicht nur die Gesundheit der Betroffenen, sondern auch deren Familien leiden ...

Unsere CNC-Facharbeiter im Akkord haben anhand der geplanten Steuertabelle erneut nachgerechnet. Durch die volle Besteuerung der Nachtschläge und steigende Sozialversicherungsbeiträge würden sie in 3-Schicht in Steuerklasse I/IV ab 1999 netto im Endeffekt immer noch 96 DM im Monat drauflegen. Die Kollegen in Dauernachtschicht wären – trotz entschärftem Steuertarif '99 – in Steuerklasse III, 2 netto mit einem Abzug von 472 DM im Monat bestraft. In Steuerklasse I/IV hätten sie monatlich sogar 681 DM (!) netto weniger als zuvor, aufs Jahr sage

und schreibe 6885 DM ...

Auch Kolleginnen und Kollegen, die feiertags bzw. in einen Feiertag hinein arbeiten müssen, verlieren durch die Besteuerung über 100 DM im Monat. Daß CDU/CSU und FDP über sieben Millionen Schicht-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsbeschäftigten als Dank für ihre Erschwernisse und Belastungen insgesamt 2,2 Milliarden DM mehr Steuern (plus 3 Mrd DM über höhere Sozialversicherungsbeiträge) aus der Tasche ziehen wollen, betrachten wir als Ungeheuerlichkeit ...

„Echte Leistungsträger“ mit z.B. 20 000 DM Monatslohn dürfen nach Erlass der Vermögenssteuer gemäß Steuerreformplan allerdings auf ein weiteres Steuergeschenk von 22 620 DM netto im Jahr hoffen ... Die geplante Schröpfung von Nachtschichtleistenden jedenfalls halten nicht nur wir für so unsozial wie die Kürzung der Lohnfortzahlung. Wir werden dies auf keinen Fall hinnehmen und uns an den angekündigten Widerstandsaktionen von DGB und IG Metall nach Kräften beteiligen.

Für den Bereich Rhein-Neckar ruft die IG Chemie zu Aktionen gegen die Besteuerung der Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge auf; Aktionen sollen stattfinden am 19.2. in Ludwigshafen mit einer öffentlichen Kundgebung. Am 21.2. plant die IG Chemie eine Kundgebung in Gengenbach/Schwarzwald, dem Wahlkreis des CDU-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble.

WAS WAR? WOCHEN 6 UND 7/97

Bau: Kündigung Tarifvertrag Ost unzulässig 5.2.: Das Landgericht Wiesbaden erklärte die fristlose Kündigung der Tarifverträge für die Bauarbeiter Ost durch die Arbeitgeber vom August 1996 für unzulässig. Die Kapitalisten wollten damit die vereinbarte Lohnerhöhung um 1,85% sowie die stufenweise Angleichung an das Westniveau aushebeln, begründet mit der schlechten wirtschaftlichen Lage. Die IG BAU wertete das Urteil als ein Signal für den Flächentarifvertrag, sie werde auch künftig keine Tarife mit außerordentlicher Kündigungsmöglichkeit abschließen.

Höchste Arbeitslosigkeit seit 1945

6.2.: Die Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichte die Januarzahlen über die Erwerbslosigkeit: Sie stieg danach auf 4,6 Millionen Erwerbslose. Vor allem die Neuregelung des Schlechtwettergeldes hätte zu einem unerwartet hohen Anstieg geführt.

Papierherzeugung: Lohnfortzahlung gesichert

7.2.: Lohnerhöhungen von 1,3% um 1,3% und ab 1.9. um 1,5% (Laufzeit 12 Monate) sowie Entgeltfortzahlung von 100% bei Krankheit und Kuren ohne Einrechnung von Mehrarbeit und Zuschlägen beinhaltet der Tarifabschluß für die papiererzeugende Industrie. Allerdings werden Überstunden gegen Krankheitstage angerechnet. 1,5 Stunden pro Krankheitstag, die Anrechnung kann erfolgen durch Vor- und/oder Nacharbeit (maximal 3 Tage/Jahr). Eine Anrechnung auf den Urlaub findet nicht statt.

Druck: Tarifabschluß nach Streiks

7.2.: Die IG Medien konnte die Drohung der Kapitalisten, die Druckindustrie zu einer tariflosen Branche zu machen, abwehren. Über 20 000 Beschäftigte in mehr als 280 Betrieben waren an Warnstreiks beteiligt. Der Abschluß: Lohnfortzahlung 100%; dafür wird das Weihnachtsgeld auf 95% reduziert; bei Berechnung von Lohnausfall werden keine Überstunden mehr berücksichtigt; Lohnerhöhung 1,5%; Zugeständnisse bei der Maschinenbesetzung; Samstagsarbeit aus wirtschaftlichen Gründen. Die IG Medien meint: „Kein umfassender Sieg, jedoch ein akzeptables Ergebnis angesichts der Bedrohung des Tarifschutzes in der Druckindustrie.“

Siemens HV: noch mehr ins Ausland

13.2.: Siemens werde vor allem im Ausland wachsen, sagte Vorstandsvorsitzender Pierer auf der Hauptversammlung von Siemens in Berlin. Im Inland ging die Beschäftigtenzahl bis Ende Dezember um 6 000 auf 203 000 zurück; im Ausland stieg sie um 14 000. Insgesamt beschäftigt der Konzern 377 000 Menschen. Der Produktivitätszuwachs habe 8,5 Prozent betragen.

200 000 demonstrieren für Kohlebergbau

14.2.: „Menschenkette“ durchs ganze Ruhrgebiet für den Erhalt des Steinkohlebergbaus (Seite 3).

Demonstrationen Postbeschäftigte

15.2. In zahlreichen Städten demonstrierten Postbeschäftigte für eine verlängerte Beibehaltung des Briefmonopols (Seite 1).

Possen, Peanuts und Stamokap in Seoul

Das „Erfolgsmodell“ Südkorea • Gewerkschaften nach den Streiks gestärkt

von Rainer Werning

Erfreulicher Etappensieg

Das war kein schlechter Auftakt, der der südkoreanischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu Beginn des neuen Jahres (des Büffels) geglückt ist. Die Hörner sind gewetzt und die beiden Hauptkontrahenten einstweilen im Clinch miteinander verkeilt – Ausgang offen.

Der eine Kontrahent, die Regierung unter Kim Young-San, ist gezwungen worden, seinen Kurs der unerbittlichen Konfrontation zugunsten einer Phase der Konsultation zu ändern. Dies ist einerseits das Resultat des Drucks der Straße. Zum anderen haben fortschrittliche Kreise der Kirchen – einschließlich der Buddhisten – und namhafte Intellektuelle den Präsidenten zum Einlenken und Dialog gedrängt. Präsident Kim Young-San will nunmehr über das umstrittene Arbeitsgesetz im Parlament, diesmal unter Beteiligung der Opposition, neu verhandeln lassen. Derweil sind die Haftbefehle gegen führende Vertreter der noch immer illegalisierten KCTU (Koreanische Gewerkschaftsföderation, dieser im November 1995 gegründete Dachverband umfaßt ca. eine halbe Million Mitglieder aus knapp 900 Betriebsgewerkschaften) ausgesetzt und staatlicherseits signalisiert worden, sie könne möglicherweise doch anerkannt werden. Durch die Internationalisierung des Protestes seitens der in Genf ansässigen Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie aus Kreisen der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), zu deren jüngstem Mitglied Südkorea ja aufgestiegen ist, haben Kim böse auf dem falschen Fuß erwischt.

Seine Regierung hat einen beträchtlichen Gesichtverlust hinnehmen müssen. Für die Großbourgeoisie seines Landes gilt er nicht länger mehr als verlässlicher Garant ordnungsgemäßer politischer Verhältnisse und des gedeihlichen Arbeitsfriedens. Das Seouler Ministerium für Handel, Industrie und Energie beziffert den durch die Streiks allein in diesem Monate entstandenen volkswirtschaftlichen Schäden auf 3,1 Milliarden US-\$. Die Verluste der südkoreanischen Exportwirtschaft belaufen sich auf annähernd 500 Millionen US-\$. Damit haben Industrie und Handel allein in drei Wochen mehr Schlapfen einstecken müssen, als ihnen im gesamten Jahr 1996 durch Demonstrationen und Streiks zugefügt worden sind.

Die anstehende Parlamentarisierung des neuen Arbeitsgesetzes hat einen Haken. Die Medien suggerieren den Eindruck, die Opposition werden nunmehr angemessen in die Debatten einbezogen. Da werden dann der sozialdemokratisch orientierte Kim Dae-Jung und Kim Yong-Pil von den sogenannten Liberaldemokraten als edle Häupter präsentiert. Doch diese beiden Figuren sind schlichtweg machtgeile Polit-Oldies, denen jedes Mittel recht ist, Kim Young-San auszubooken. Kim Dae-Jung hatte sich offiziell schon vor Jahren aus der Politik zurückgezogen und als schmolender Elder Statesman hinter den Kulissen Schieberien gepflegt. Und nun? Da isser wieder und hegt ausschließlich präsidiale Ambitionen.

Kim Yong-Pil ist ein aus der Militärdiktatur herübergeschleiftes Fossil des Kalten Krieges. Er war einer der maßgeblichen Architekten des Geheimdienstes KCIA (heute deodorisierend „Agentur für Sicherheitsplanung“).

ANSP, genannt) und deren erster Chef. Dieser dritte Kim kennt das berühmteberühmte und leider immer noch intakte sogenannte Nationale Sicherheitsgesetz weitaus besser als die Verfassung seines Landes. Ergo: Diese Opposition verheißt nur Schlechtes.

Und die Gewerkschaften? Sie haben über die Politisierung der vergangenen Wochen hinaus eine beträchtliche poli-

tische Stärke bewiesen. Auf sich allein gestellt, sind sie außerstande, strukturelle Reformen herbeizuführen. Aber, und das ist zunächst das Entscheidende, sie bilden ein Widerstandspotential, das in umsichtiger Liaisonarbeit mit anderen relevanten gesellschaftlichen Kräften sehr wohl der Globalisierung auf koreanisch noch so manche Schnippchen schlagen kann.

Das vielgepriesene Modell Südkorea schlittert zunehmend in die Krise – politisch wie wirtschaftlich

Da sitzt mit Kim Young-San ein Ex-Op- positioneller seit genau vier Jahren als Präsident im Blauen Haus zu Seoul, der vollmundig über Globalisierung faselt, doch in zentralen Belangen der Innenpolitik zerfasert.

Husarenstreichartig hatte des Präsidenten Neue Korea-Partei am 26. Dezember (für die Linken im Lande hätte ausgerechnet Maos Geburtstag sinnvoller begonnen werden können) das heftig umstrittene neue Arbeitsgesetz durchpeitschen und das berühmteberühmte Nationale Sicherheitsgesetz erweitern lassen. Die sogenannte Opposition um Kim Dae-Jung und Kim Yong-Pil stand derweil als begossener Pudel draußen im Regen. Dann schlugen – überdies angeführt von einer illegalisierten Speerspitze – die Gewerkschaften mit militanten Aktionen zurück und Kim ein derbes Schnippchen. Dieser mußte einlenken, sein Kriegsgeheul dämpfen, die Opposition beschwichtigen und stand schließlich auch im Ausland, vor allem bei der ILO und der OECD, am Pranger. Nach Berichten der *Financial Times* erwägt die OECD, ein Novum in ihrer Geschichte, Seoul offiziell zu rügen, sollte es seine Arbeitsgesetzgebung nicht demokratisieren. Durch die von Kim provozierten Streiks und landesweiten Demonstrationen erlitt die Wirtschaft empfindliche Einbußen.

Und nun sattelt man in Seoul noch eins drauf: Anstatt sein Altenteil zu genießen war der 73jährige Chung Tae-Soo berufsmäßig so mit Geldzählen befaßt, daß er sich partout nicht vorstellen konnte, selbst einmal ausgezählt zu werden. Dieser alte Mann ist kein geringerer als der Konzernchef der mächtigen Hanbo-Gruppe, die, nebst in den Bereichen Energieversorgung und Pharmazie ak-

tiv zu sein, auch zu den Top-Stahlproduzenten des Landes zählt. Den Löwenanteil von umgerechnet schlappen 5,8 Milliarden Dollar soll Chung an staatlichen Krediten veruntreut und damit großzügig Schmiergelder gezahlt haben. Doch das sonderbare Gebaren des Gerontokraten, der bereits wegen Bestechung des Ex-Präsidenten Roh Tae-Woo verurteilt worden ist – die Strafe indes wurde zur Bewährung ausgesetzt – wurde gar noch überboten. Als Hanbo vor wenigen Tagen Bankrott anmeldete und sein Chef neuerlich festgenommen wurde, gingen die im bewährten Geiste Chungs erzogenen Konzernburschen daran, die Bilanzunterlagen von 1992 bis 1995 einfach in den Reißwolf zu stecken. Dieses kühne Recycling brachte die Regierung Kim dermaßen in die Bredouille, daß der Präsident von dem sich selbst gegönnten Geburtstagsgeschenk – eine bevorstehende Europareise – Abstand nehmen mußte. Statt dessen verlangte man seiner Crew die Zusage ab, umgerechnet 11,4 Milliarden Mark für Firmenkredite zur Verfügung zu stellen, um dem Bankrott von Hanbo keine Pleitewelle kleiner und mittlerer Zulieferer folgen zu lassen. Wäre ja noch schöner, wenn da plötzlich albanische Verhältnisse auf Seoul überschwappten!

Bekanntlich ist nichts so schlecht, um nicht doch noch für etwas gut zu sein. Seoul lehrt uns, wie intensiv, spannend und letztlich unwägbare die Verquickung von Staat, Politik und Ökonomie sein kann. Die auf zentralstaatlichem Dirigismus und politökonomischer Verfälschung basierende Erfolgsstory Südkorea läßt die Apologeten des Neoliberalismus ziemlich bedröppelt aussehen. So bleibt's denn erstmal dabei: Vestigia terrent – die Spuren schrecken ab.

Ungeliebtes Schmuttelkind

Sollte irgendeine Bürokratenseele im Pariser Hauptquartier der OECD in diesen Tagen – rein zufällig, versteht sich – die aus der guten alten Ära der Prä-Globalisierung stammende Scheibe „Spielt nicht mit den Schmuttelkindern“ von Franz-Josef Degenhardt auflegen, dürfte sie ein mulmiges Gefühl beschleichen. Ärger bereitet das Südkorea Kim Young-Sans, das offiziell erst im Dezember als 29. Mitglied in diese erlauchte Runde des Großkapitals aufgenommen wurde. Zu früh! – unken nun einige OECD-Vertreter und sehen in dem Neuling ein unerwartet widerborstig-wortbrüchiges Schmuttelkind.

Mit dem umstrittenen Arbeitsgesetz verstößt Seoul nach Einschätzung der OECD offen gegen ihre internationalen Verpflichtungen. Der OECD-Ausschuß für Arbeits- und Sozialfragen hat Seoul bereits die gelbe Karte gezeigt. Der Schweizer Ausschussvorsitzende Dieter Grossen erklärte vor dem Rat der Ständigen Vertreter, einige Elemente des südkoreanischen Arbeitsgesetzes seien zwar „ein Schritt in die richtige Richtung“. Insgesamt entspreche die Reform indes nicht den Zusagen der Regierung Kims. Diese hatte im Dezember verbindlich kundgetan, daß sie als Neumitglied der OECD deren Gepflogenheiten im Rahmen des Streikrechts, der freien Tarifverhandlungen und gewerkschaftlichen Organisation, mithin den Grundkatalog der regulierten Ausbeutung, zu respektieren gedenke. Außerdem, so hatte Kim zugesichert, werde seine Regierung die in der OECD üblichen Normen für Menschenrechte und Demokratie einhalten.

Doch was sich nach diesen großspurigen Ankündigungen in den Straßen zahlreicher südkoreanischer Städte abspielte, erinnerte mehr an die martialischen Herrschaftsansprüche eines Obrigkeitsstaates oder gar an die Zeiten der Militärdiktatur.

„Globalisierung hat einen politischen Preis“, leitartikelte Ende Januar die Pariser *Le Monde* über die Ereignisse in Südkorea, „der allerdings nicht allein mit der Öffnung von Märkten und einer Deregulierung bezahlt wird.“ Globalisierung, so *Le Monde* weiter, gebiete Respekt für das Prozedre und jene Prinzipien, die nun mal zum Regelwerk des demokratischen Spiels in den industrialisierten Ländern gehören. Eben.

Selbst wenn es jetzt, wie vorgesehen, im Seouler Parlament unter Einbeziehung der Opposition überdacht werden soll, verheißt das nichts gutes. Die beiden von Kim Dae-Jung und Kim Yong-Pil geführten Hauptoppositionsparteien sind lediglich politische Seilschaften außerhalb der Regierung, die allzugerne dieselbe beerben würden. Einen faden Beigeschmack dieses Arrangements verspürten in den vergangenen Tagen selbst aus Paris angereiste Mitglieder des Gewerkschafts-Beratungskomitees der OECD am eigenen Leib. Da dieses Komitee zuvor die neuen Arbeitsgesetze Seouls rundweg als inakzeptabel kritisiert hatte, wurden deren Vertreter in Seoul der Sympathie für die KCTU verdächtigt und ihnen mit Deportation gedroht. Kommentar des OECD-Generalsekretärs Donald Johnston: „Die OECD ist kein Polizist, wir gestalten den Meinungsaustausch mit unseren Mitgliedern auch durch informelle Kontakte.“ Wenn da mal Mr. Johnston nicht die Rechnung voreilig ohne die Kim-Wirte gemacht hat ...

Boschler solidarisch mit koreanischen Kollegen

Die Kollegen von Kefico, einer 25%-Beteiligung von Bosch in Südkorea, antworten auf eine Anfrage von Betriebsräten und Vertrauensleuten von Bosch Stuttgart-Feuerbach:

„Wie ihr wißt, haben wir täglich seit dem 26. Dezember gestreikt, und die Hyundai Motorenfabrik, die 400 km südöstlich von Seoul liegt, wurde vor 4 Tagen geschlossen... Wie ihr wißt, sehen die soeben geänderten Gesetze nicht nur Vorschriften über leichtere Entlassung vor, sondern auch weitere sehr schädliche Punkte, wie die Flexibilisierung der Arbeitszeit und Nichtanerkennung von KCTU als legale Gewerkschaft bis 1999, und die Regierung erkannte auch die Lehrgewerkschaft nicht als legale Gewerkschaft an.“

Anders als früher haben, als wir auf

der Straße demonstrierten, viele „normale“ Leute den Streik und die Demonstration unterstützt, sie ermutigten uns und gaben uns viele Geschenke wie Zigaretten, Obst, Geld usw...

Wir bitten Euch und Eure KollegInnen, Protest-Faxe an die Geschäftsführung zu senden. Wir Gewerkschaftsmitglieder haben die Bedeutung der internationalen Solidarität für dasselbe Ziel und dieselben Forderungen erkannt. Wir werden gegen diese Unterdrückung gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter auf der ganzen Welt kämpfen.

Wir würden gerne euer Fax bei Kefico veröffentlichen, das wäre uns eine große Hilfe...

Die Faxe wurden losgeschickt an den Präsidenten Kim und auch an die Kefico-Betriebsleitung; die heftige Reaktion der Betriebsführung zeigte, daß die Briefe wirkungsvoll angekommen waren. (Komm. Berichte Stuttgart)

Am 31. Januar trafen sich die Autoren der „Erfurter Erklärung“ (s. PB 2/97) zu einer Beratung über das weitere Vorgehen. Die Resonanz sei nach wie vor sehr groß. Tausende Unterschriften seien eingegangen, auch Spenden. Vielerorts fanden in den letzten Wochen Diskussions- und Informationsveranstaltungen statt, vor allem in Ostdeutschland, zum Teil konnten die Verfasser den Einladungen nicht mehr nachkommen. Weitere Veranstaltungen sind in Vorbereitung.

Für den 3. Oktober wird ein großer Kongress in Erfurt geplant.

- **Schändlich oder schmähtlicher Aufruf mit provinziell nationalistischem Geist – oder**
- **Aufruf für einen Neuanfang mit der Hoffnung auf eine geistig-moralische Wende im Sinne einer solidarischen Gesellschaft,**
- **unbedeutendes „Geschreibsel“ – oder**
- **der intellektuelle Ansatz für eine politische Debatte, um gesamtdeutsch eine politische Gegenposition zu definieren gegen die ‚Weiter-so-Fraktion‘?**

Die Erfurter Erklärung

Ein Diskussionsbeitrag von Bodo Ramelow

Im Dezember 1996 traf sich in Erfurt eine Reihe von Gewerkschaftern, Schriftstellern, Wissenschaftlern und Theologen aus Ost- und Westdeutschland, um gemeinsam eine Positionsbestimmung zu debattieren, aus der heraus man eine öffentliche Diskussion anzetteln kann, damit ein Klima entsteht für einen Machtwechsel 1998.

Einigkeit bestand sehr schnell in der gemeinsamen Analyse, welche Politikzustände und gesellschaftlichen Alltagslichkeiten uns beunruhigen und ängstigen. Festgestellt wurde auch sehr schnell, daß es eine gemeinsame Linie von linken und fortschrittlichen bzw. ökologischen Kräften in Ost- und Westdeutschland nicht gibt, sondern massive Widersprüche in den jeweiligen Lagern bestehen. Die Mauer in den Köpfen zwischen Ost und West prägt auch in diesen Lagern das Denken, und mit fast autistischen Zügen beschäftigen sich die gesellschaftlichen Kräfte wie Parteien, Verbände usw. in Ost und West miteinander selbst. Einigkeit bestand darin, daß der „Dicke“ in Bonn es aussitzt und somit der gesellschaftliche Umverteilungsprozeß rasend fortschreitet.

Spannend war es, unter uns zu erleben, wie wir entsprechende Positionen vorsichtig aufzuschreiben angefangen haben und das Projekt debattierten, ob wir damit öffentlich in Erscheinung treten wollen.

Das Gefühl bestand darin zu sagen, eigentlich ist es notwendig, daß irgendwer sich mal wieder öffentlich in die Debatte einbringt, daß aber andererseits sowohl der scheinbare Zeitgeist gegen uns wäre, aber auch unsere jeweilige Rolle zu unbedeutend sei, als daß wir damit irgend etwas bewegen könnten.

Aus dem Zorn der spürbaren Bewegungslosigkeit entstand der gemeinsame Wunsch, es miteinander versuchen zu wollen, und in einem dreiwöchigen intensiven Brief- und Telefondiskurs über die Feiertage hinweg entstand das, was nun im Blätterwald unter dem Namen „Erfurter Erklärung“ rauscht.

Viel wurde hineininterpretiert und als böswillige Motivation unterstellt. In der Presse wurde es sehr schnell wegen des Tabubruchs auf die PDS-Frage reduziert.

Interessant waren aber zuallererst die reflexhaften negativen und abfälligen Bemerkungen. Dabei macht es mich stolz, von einem Kohl als „altbekannter Gegner“ bezeichnet zu werden.

In Erfurt war die Landespressekonferenz voll wie nie. Die Sozialistische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion ging postwendend mit ihrer Sorge um den Ruf der Stadt Erfurt, der nun in der ganzen Welt wegen dieser Erklärung leidet, an die Öffentlichkeit.

Vom CDU-Fraktionsvorsitzenden des Landtages wurden wir als „Altbundesbürger“ bezeichnet, deren linke und kommunistische Gedanken als Seifenblasen schon geplatzt seien! Pastor Kinkel unterstellte postwendend, daß die Opfer der Mauer und die Toten des Stacheldrahtes durch den Aufruf ver-

höhnt werden, und die Krönung der Ehre erwiesen uns als Gralshüter der Bürgerbewegung Frau Lengsfeld und andere mit ihrer „Berliner Antwort“ auf unsere Erklärung, die im Text wie ein fundamentalistischer Erguß von Revolutionswächtern gehalten ist. Die Achse der ablehnenden Kräfte verläuft aber nicht in den bekannten Schemata der westdeutschen Parteilager.

In die fast wie Pawlowsche Reflexe anmutenden Aufschreie der Bürgerbewegten, welche gemeinsam ihre Heimat nun bei der CDU gefunden haben, stieg sofort der Chorus der Bürgerbewegten aus der ehemaligen DDR ein, die nun ihre Heimat bei Bündnis 90/Die Grünen gefunden haben. Die offiziellen und offiziellen Politstrategien, die durch die Wende in ungeahnte Positionen des neuen Gesamtdeutschlands gekommen sind, wurden scheinbar gestört in allen möglichen gedachten Farbspielen möglicher oder erwünschter bzw. gehoffter Koalitionskombinationen.



Grün-/schwarz scheint genauso möglich wie rosa/grün, und der Eindruck verfestigt sich, daß es um den Macht- und Postenerhalt geht, aus dem heraus argumentiert wird. Während die „Erfurter Erklärung“ inhaltlich zu beschreiben versucht, über was debattiert werden mußte, stürzten sich die Ablehner

sofort darauf, daß alles Genannte Quatsch sei, weil die PDS mit angesprochen und benannt wird.

Dabei sind die Autoren und Initiatoren überhaupt nicht davon ausgegangen, daß derzeit eine Koalition für einen Machtwechsel existieren würde, bei der eine echte Zusammenarbeit von SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS möglich wäre. Andererseits bestand Einigkeit, daß eine Koalition unter Joschka Fischer als Staatsmann und Gerhard Schröder als Finanz- und Wirtschaftsminister keinen echten Paradigmenwechsel bedeuten würde, sondern im wesentlichen Punkt nur die Verkleidung gewechselt würde. Die Autoren wollten eine öffentliche politische Debatte anzetteln.

Ihr Kernsatz lautet, daß ein Machtwechsel nur eintreten wird, wenn eine Bewegung in Gang gesetzt wird, in der sich mehr Menschen wieder öffentlich in die politische Diskussion einmischen, wenn der Aufruf zum Heraustreten aus der Zuschauerdemokratie ernst genommen wird. Das Duckmäusertum, das Untertanentum, die politische Sprachlosigkeit der Intellektuellen und der Zeitgeist, der im Namen der Globalisie-

rung alles möglich macht und diese Gesellschaft immer mehr atomisiert, sind Punkte, die uns bedrückt haben. Dagegen wollten wir anschreiben, und dagegen wollen wir eine Bewegung mit auf den Weg bringen.

Im Jahre 7 nach der Deutschen Einheit rauschte es mit der „Erfurter Erklärung“ erstmalig wieder im Blätterwald. Möglicherweise war davon noch viel Papiertiger, aber das Geschrei der Gegner war sofort groß. Die CSU hat es in ihrer Klausurtagung deutlich gemacht, daß es 1998 um eine Richtungs- wahl gehe, und in der „Berliner Erklärung“ wird die Kernthese von Freiheit oder Sozialismus als Politinstanz wieder aufgebrüht. Wenn aber das sog. Bürgerbüro der immerwährende Wächter der Bürgerbewegung in Berlin nun von der Bertelsmann-Stiftung von Leo Kirch oder anderen finanziert wird, wundert das einen alles nicht mehr. Erstaunt kann man lediglich sein, wie unterschiedlich die Reaktionen bei Bündnis 90/Grünen in West und Ost, aber auch bei den Gewerkschaften und innerhalb der Sozialdemokratie sind.

Die unterschiedlichen Reaktionen dokumentieren auch den Bruch in unserem Land in das ehemalige Ostdeutschland und die wohlgelebte Altbundesrepublik.

Während Scharping sofort erklärt, daß dieses Papier überhaupt keine Halbwertszeit hat, laden uns die sozialdemokratischen Ortsverbände im Osten allerorts zu Debatten ein. Die Spitzenrepräsentanten der ostdeutschen SPD engagieren sich für das Thierse-Papier, und die AV Thüringen sowie die SPD in Erfurt rufen auf, das Papier zu unterstützen.

In einer sehr eindrucksvollen Art hat der Theologe und SPD/MdB Dr. Edelbert Richter gemeinsam mit Probst Heino Falcke i.R. in den evangelischen Kommentaren der Evangelischen Kaufmannskirche Erfurt bei einem prallgefüllten Gottesdienst den Diskurs mit dem CDU-Bundesvize Bergner geführt. Gemessen an dem Applaus war die Reaktion der Bevölkerung eindeutig zugunsten der Erfurter Erklärung zu deuten. Die Leserbriefe in den Thüringer Zeitungen und die fast 50 Briefe, die uns täglich erreichen, sprechen eine gemeinsame Sprache.

Daß der Arbeitskreis der Christen in den Grünen Thüringens pro Erfurter Erklärung aufruft, spricht genauso für sich wie der zustimmende offene Brief von prominenten Bündnisgrünen aus NRW. Insoweit hat die Erfurter Erklärung zumindest eine Ost/West-Debatte und einen Ost/West-Klärungsprozeß in Gang gebracht.

Während die einen Vorzeigeostdeutschen in ihre wahre politische Heimat übertreten, positionieren sich andere für einen zu organisierenden Prozeß, an dessen Schluß ein Machtwechsel steht.

Die PDS-Debatte hatten wir zwar in der Schärfe nicht erwartet (vielleicht sind wir so naiv, wie man es uns vorwirft), aber andererseits muß die

PDS-Debatte geführt werden. Die Dreckschüssel, die ausgeschüttet werden, verdrängen doch nur die Notwendigkeit, sich mit dem Einigungsprozeß auseinanderzusetzen und damit, warum in dem ideologischen Mief der deutschen Einigung der größte Umverteilungsprozeß innerhalb der deutschen Geschichte stattfinden kann, ohne daß wir ihn gesellschaftlich bisher begrenzen konnten. Daß der Turbokapitalismus über die Bundesrepublik gekommen ist und keine Kräfte mehr da sind, die scheinbar diesen Turbokapitalismus bremsen können, hat auch etwas damit zu tun, daß alle müde geworden sind, weil die Orientierung scheinbar verlorengegangen ist. Die jüngeren Menschen scheinen keinen Ansatz mehr zu finden, sich in gesellschaftliche Debatten einzumischen, und trotzdem hat es während des Golfkrieges in Erfurt täglich große Schülerdemonstrationen gegeben.

Die scheinbar apolitische Haltung der Jugend hat wohl auch etwas damit zu tun, daß politische Vorbilder und Vordenker verlorengegangen sind. Die Frage der Bedeutung von Adorno und Abendrot für die 68er Bewegung sollte man sich heute als ehemaliger 68er stellen, weil nun ist aus der „Apo“ der „Opa“ geworden. Die Frage stellt sich, ob der „Opa“ nicht etwas dafür tun will, daß es eine „Apo“ wieder gebe. Das heißt, sich der Gegenwart zu stellen und Position zu ergreifen. Das heißt, den Mut zu haben, sich öffentlich zu äußern und sich dafür auch verprügeln zu lassen.

Die „Erfurter Erklärung“ ist nicht der Ablaßschein für diejenigen, die meinen, mit ihrer Unterschrift schnell einmal ihr Gewissen erleichtern zu können, nach dem Motto: Ich habe mich doch durch Unterschrift bekannt, das muß jetzt reichen. Die „Erfurter Erklärung“ kann nur die Aufforderung sein, in seinem Wirkungskreis, Bekanntenkreis, Familienkreis darüber zu diskutieren und sich persönlich auch zu positionieren.

Aus diesem Grunde erlaube ich mir auch, die PDS zu kritisieren bzw. Erscheinungsformen innerhalb der PDS, bei der man sehr schnell feststellen muß, daß dieses und jenes damit erklärt wird, daß der Westen oder der Wessi an allem schuld sei.

Das „Ostalgiegefühl“ – gepaart mit der Teilhabe an regionaler Repräsentanz in irgendwelchen Stadtparlamenten oder Landesparlamenten – führt teilweise dazu, daß der Irrglaube



herrscht, regionale Ostpartei sein zu wollen, aber sich eines linken Images zu bedienen. Dazu gehört aber auch, den Diskurs zu führen über Verantwortlichkeiten, die etwas mit der DDR als Staat zu tun haben.

Meine Sympathie liegt da bei denen, die die Mauer niedrigerissen haben, und nicht bei denen, die meinten, die Mauer aufbauen zu müssen, und über Jahrzehnte die Mauer in den Köpfen der eigenen Leute auch verfestigt haben. Diese Mauer hat auch etwas mit dem Kinderglauben zu tun, als dann der Westen über unsere „armen Brüder und Schwestern im Osten“ kam. Widerstand gegen bestehende Verhältnisse auszuüben, hat etwas zu tun mit dem aktiven Umgang von Bürgerrechten, und nicht mit dem passiven Erdulden von Unbill. Den aufrechten Gang zu erlernen, kann Schmerzen verursachen, kann aber niemandem mehr erspart bleiben, wenn wir rauswollen aus dem Dilemma, daß alles und jedes ertragen wird.

Gewerkschaftspolitische Tarifpolitik im Osten kann nicht von Hauptamtlichen gemacht werden, wenn Belegschaften bereit sind, jeden Dreck um des lieben Friedens willen zu schlucken. Aus diesen Positionen heraus bedarf es genauerer Diskussionen innerhalb der PDS und mit ihr, wie sie es denn mit diesem neuen Deutschland hält, in dem man sich nicht einfach nur auf die Tribüne stellen und sagen kann: Wir sind die Opfer, und die da drüben sind

allesamt die Täter. Auch der eingeführte Begriff der Siegerjustiz fällt mir schwer, wenn damit das ganze Justizsystem der Bundesrepublik pauschal ad acta gelegt wird. Das Justizsystem der DDR steht aus meiner Sicht nun nicht im Ruf, weisungsfrei und obrigkeitfern gewesen zu sein. In der Altbundesrepublik habe ich mit der Justiz diese und auch die entgegengesetzten Erfahrungen gemacht. Gerade die Justiz der BRD vor 1990 hat es ermöglicht, daß im Kontext der bürgerlichen Freiheitsbegriffe auch Urteile wie das Volkszählungsurteil oder das Soldatenurteil usw. möglich waren und sind. Solche teilweise gegen die Obrigkeit gerichteten Urteile waren in der DDR undenkbar. Insoweit würde ich mir ein differenzierteres Bild über die Justiz wünschen, weil diese Justiz zumindest mir in den 40 Jahren meines Lebens viele Freiräume eingeräumt hat, mit denen ich auch politisch arbeiten konnte. Etwas Ähnliches kann ich jedenfalls in der Justiz der DDR nicht erkennen, und der geneigte Leser merkt, wie das Aufrechnen West/Ost auch in meinen Zeilen wieder beginnt. Bei dem Aufarbeiten der Vergangenheit ist aber auch anzusprechen die Schweigsamkeit der Linken in Westdeutschland, sich bei der Frage der Vergangenheitsbewältigung nicht nur an die PDS zu wenden, sondern den Finger in die Wunde des kalten Krieges zu legen.

Genannt seien hier nur stellvertretend für vieles Viktor Aggarts und der DGB,

Georg Leben und die BSE sowie die Berufsverbotsprozesse, und erinnert sei auch an das SPD-Ostbüro. Aber auch hier sage ich, dies kann nur unsere Westdebatte sein, die wir führen müßten, und dies kann nicht wiederum der Ostdebatte dienen, sich um seine eigene Vergangenheitsbewältigung zu drücken. Das Aufrechnen in der Literatur auf PDS-Parteitagen an diesen Beispielen finde ich nicht hilfreich, weil ich keine Lust habe, mich mit den Mumien des Zentralkomitees gemein zu machen. Die Sonderjustiz Ostdeutschland finde ich bedrohlich, aber diese Sonderjustiz haben wir seit Herrn Krause mit dem Einigungsvertrag. Das geht vom Arbeitsrecht über das Konkursrecht und viele andere alltägliche Dinge. Dagegen kann man sich aber nur adäquat und vor allen Dingen gemeinsam wehren. Dazu ist es notwendig, das Problem der Sonderjustiz westdeutschen Kollegen zu erklären, damit sie verstehen, daß es nicht um den Schutz von Erich Mielke geht, sondern um den Schutz der abhängig Beschäftigten, die im Experimentierfeld Ost ständig mit schlechterem Recht ausgestattet werden.

Dies ist die echte Bedrohung auch für die Beschäftigten in Westdeutschland. Erich Mielke, als Beispiel genannt, war den Menschen vor der Wende und nach der Wende egal, aber daß im Jahre 1996 das Kündigungsrecht gesamtdeutsch genommen wurde, kann und darf niemandem mehr egal sein. Der quälende

Prozeß des Miteinander-Redens und des Miteinander-Streitens über diese Widersprüche scheint mir zwingend geboten, denn nur daraus kann Verständnis für einen gemeinsamen Ansatz erwachsen. Erst wenn wir gemeinsam merken, daß nicht nur die DDR untergegangen ist, sondern die BRD mit ihr und daß heute der unbegrenzte Turbokapitalismus alles platt macht, was bisher der Gewinnerwartung und Gewinnsteigerung im Wege stand, erst wenn dies von Menschen gemeinsam in diesem Land begriffen wird, beginnt der Prozeß, in dem von einem gemeinsamen Ausgangspunkt Widerstand stattfinden kann.

Dieser neoliberalen konservativen Regierung, die sich als Erfüllungsgehilfin der Superreichen in diesem Land betätigt, können wir nur gemeinsam eine Abfuhr erteilen, und zwar nur dann, wenn wir aufhören, uns von Pastor Hintze und seinen schwarzen Mitdenkern vorschreiben zu lassen, mit wem wir gemeinsam Politik machen wollen und mit wem nicht. Deshalb hat die Erfurter Erklärung schon jetzt Wirkung gezeigt, weil sich jeder, der sich damit beschäftigt, selber die Frage stellen muß, wie halte ich es mit der PDS, oder ist dies wirklich die entscheidende Frage?

Bodo Ramelow ist HBV-Landesvorsitzender Thüringen und Mitunterzeichner der Erfurter Erklärung

Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten • Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung • Gedenkstätte Hadamar, Landeswohlfahrtsverband Hessen

Erklärung von Hadamar

Zum 27. Januar 1997 hat in der Gedenkstätte Hadamar unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog die Tagung „Lebens-Unwert“? Die nationalsozialistischen Verbrechen an kranken und behinderten Menschen – Geschichte, Kontinuität, Aktualität stattgefunden. Die Veranstalter und TeilnehmerInnen, Betroffene, VertreterInnen von Initiativen, Verbänden aus Öffentlichkeit und Politik, geben zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus folgende Erklärung ab:

Im Zuge der nationalsozialistischen Rassendoktrin und -politik wurden während der NS-Zeit aufgrund des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ seit 1933 etwa 400 000 Menschen zwangssterilisiert. Unter der Bezeichnung „Euthanasie-Aktion“ begann ab 1939 der Mord durch Gas, überdosierte Medikamente und Verhungernlassen an mehr als 200 000 Menschen, die als krank oder behindert galten oder dies waren. Allein in Hadamar wurden etwa 15 000 Menschen umgebracht.

Erbgesundheitsgesetz, Zwangssterilisation und Massenmord an kranken und behinderten Menschen waren unter dem Nationalsozialismus Maßnahmen, die inhaltlich miteinander verbunden waren. Sie zielten darauf ab, als „unwert“ erachtetes Leben zu töten oder zu verhindern.

Zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus erinnern wir an alle Menschen, die diesen Verbrechen zum Opfer fielen. Zugleich unterstützen wir die Forderungen der Überlebenden, die bis heute unter den Folgen leiden und stigmatisiert werden. Das besondere Augenmerk der Tagung galt den Men-

schen, die zwangssterilisiert wurden und der „Euthanasie“ zum Opfer fielen.

Schon seit 1992 liegt dem Deutschen Bundestag eine Petition des Bundes der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten e.V. vor. Darin wird ihre Gleichstellung mit den anerkannten NS-Verfolgten beantragt. Außerdem soll für Beihilfeanträge von Betroffenen nicht wie bisher ein fachärztliches Gutachten, sondern nur noch ein privatärztliches Attest über die gesundheitlichen Schäden verantwortlich sein, und für „Euthanasie“-Geschädigte wäre bei der Einmalzahlung (dem sogenannten „Härteausgleich“) nicht das Familieneinkommen, sondern nur das eigene Einkommen zu berücksichtigen.

Zwar haben die Bundesregierung und der Bundesrat den Betroffenen und ihren Angehörigen 1988 „Achtung und Mitgefühl“ bezeugt, über die Petition aber ist bis heute nicht entschieden worden. Auch fehlt immer noch eine gesetzliche Nichtigkeitserklärung des Erbgesundheitsgesetzes und der darauf basierenden Beschlüsse.

Vor dem geschichtlichen Hintergrund beobachten wir aktuelle Entwicklungen im Bereich der Gesundheits- und Behindertenpolitik mit großer Sorge:

- Der Europarat hat Mitte November 1996 den Text einer „Menschenrechtskonvention zur Biomedizin“ gebilligt. Diese Konvention sieht unter anderem die Möglichkeit biomedizinischer Forschung an „einwilligungsunfähigen“ Menschen vor, die als geistig behindert oder psychisch krank gelten, altersgebrechlich sind oder sich im Wachkoma befinden – auch dann, wenn diese Forschung für die Betroffenen selbst keinen therapeutischen Nutzen birgt. Hier werden die Forschungsfreiheit, der medizinische Fortschritt und wirtschaftliche Interessen über die universellen Menschenrechte auf Unverletzlichkeit und Unantastbarkeit des einzelnen gestellt.

- Die medizinische und biologische Grundlagenforschung entzieht sich, z.B. im Hinblick auf vor- und nachgeburtliche Diagnostik, weitgehend öf-

fentlicher Kontrolle. Die keineswegs regelmäßig durchgeführte Technikfolgenabschätzung wird allenfalls im Hinblick auf eine risikoarme Nutzung neuer Verfahren angestrebt, bleibt aber von Fragen nach dem gesellschaftlichen Sinn solcher Verfahren abgekoppelt.

- Noch immer werden Menschen mit Behinderungen zu einer Sterilisation überredet.

- Die Nützlichkeitsethik stellt das Lebensrecht von Menschen mit Behinderungen grundsätzlich in Frage. Auf ihrer Grundlage werden z.B. das unversorgte Liegenlassen von behinderten Neugeborenen und das Abschalten von medizinischen Geräten bei Wachkomapatienten in der Öffentlichkeit vertreten und im Stillen praktiziert.

- An Kosten-Nutzen-Rechnung orientierte Sparmaßnahmen, beispielsweise in Einrichtungen und ambulanten Diensten, beschneiden die Lebensqualität und die Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen.

- Vor dem Hintergrund des Pflegeversicherungsgesetzes droht eine Ungleichbehandlung von Menschen mit Behinderungen, indem große Einrichtungen in Förder- und Pflegeabteilungen untergliedert werden.

- Im Zuge der Gesetze zur Gesundheitsreform wird die „Rationierung“ medizinischer Versorgungsleistungen offen gefordert.

Wir werden heute und künftig die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen an Menschen, die als krank, behindert oder sozial auffällig galten, wachhalten und jeglichen Bestrebungen entgegenzutreten, die die im Grundgesetz verankerten Rechte und die Würde von Menschen beschneiden oder mißachten.

Die beteiligten Organisationen verpflichten sich, gemeinsam in der Öffentlichkeit und in ihrer praktischen Arbeit für folgende Ziele einzutreten. Wir fordern die politischen Entscheidungsträger auf, sich diese Ziele zu eigen zu machen und die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen dafür

zu schaffen, daß

- alle durch den Nationalsozialismus Geschädigten umgehend als NS-Verfolgte anerkannt werden und für deren unbürokratische Entschädigung eine Bundesstiftung eingerichtet wird;

- das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ einschließlich der darauf basierenden Beschlüsse in gesetzlicher Form für nichtig erklärt wird;
- die Interessen der medizinischen Forschung nicht über die universellen Menschenrechte auf Unverletzlichkeit und Unantastbarkeit des Menschen gestellt werden und daß entsprechende Versuchen rechtlich der Boden entzogen wird;

- die „Menschenrechtskonvention zur Biomedizin“ nicht signiert und ratifiziert und in internationaler Zusammenarbeit darauf hingewirkt wird, daß die Rechte aller Menschen uneingeschränkt geschützt sind, insbesondere jegliche fremdnützige Forschung an „einwilligungsunfähigen“ Personen und jede Form einer Freigabe von gesetzlich definierten Gruppen für Forschungszwecke unterbunden werden;

- die Normalität eines Lebens mit Behinderungen anerkannt wird, indem ein eigenes Leistungsrecht geschaffen wird, das Menschen mit Behinderungen unabhängig macht von den nachrangigen Leistungen des Bundessozialhilfegesetzes;

- die Möglichkeit jedes Menschen zur Selbstbestimmung über sein Leben geachtet und geschützt wird und dazu die Lebensführung von kranken, behinderten und alten Menschen und die Arbeit im Behinderten- und Gesundheitsbereich finanziell so gefördert werden, daß die Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens gewährleistet sind;

- die Isolation von Menschen mit Behinderungen überwunden und ihre gesellschaftliche Integration gewährleistet wird (Antidiskriminierungsgesetz).

Hadamar, den 26. Januar 1997

Die Erklärung wird mitgetragen von: Humanistische Union; Dr. Ellis Huber, Präsident der Landesstürztekammer Berlin

Wer in der politischen Polemik erreichen will, daß 5%! geglaubt wird, ist durch alten Brauch gehalten, minimal 10% anzubieten oder „vollständig!“ zu tönen, wo „beinahe?“ gesagt werden sollte. Aber am Bett gefährlich Kranker schreit man nicht herum, und deswegen war die Parteitageberichterstattung in den *Politischen Berichten* 2/97 so sachte im Ton. Ein Teil der Entgegnung Andreas Grünwalds in den Politischen Berichten 3/97 beruht auf Rückschlüssen von der Klangfarbe auf den Inhalt der Rede; das kann gleich klargestellt werden. Wo zum Beispiel A.G. in PB 3/97 sagt, der Parteitag werde der PDS im Westen „die Füße weghauen“, ist in PB 2/97 die Rede von ideologischem Mauerbau, von praktischen Folgen im Westen und im Osten, vom Verlust der Beziehung zu den wirklichen Bewegungen bis hin zu Schwierigkeiten, noch Kandidaten bei Kommunalwahlen zu finden. Die Partei werde aus ihrer politischen Umgebung herausgelöst, und es werde schwierig, Verbindungen aufzubauen und zu pflegen.

Um auch eine Metapher zu bilden: Für meine Gefühlsäbel die Partei in ihrem eigenen Fleisch herum und ist dabei, sich Denk- und Handwerkzeuge zu amputieren.

Wenn in PB 2/97 weiter gesagt wird, der Parteitag habe sich, von bisherigen Erfolgen beeindruckt, geneigt gezeigt, die Probleme, die in der Situation stecken, nicht zu besprechen, die Anzeichen einer Gefahr der Isolierung seien nicht beachtet worden, dann werden Anzeichen der Blindheit konstatiert, mit der die Götter jene schlagen, deren Untergang sie wollen.

Es ist nicht schwer, aus den Geschehnissen dieses Parteitages den tragischen Verlauf der ganzen Bestrebung glaubhaft zu machen. Aber die bündige Ansicht Andreas Grünwalds: „Die Sache mit der PDS ist gelaufen“ meint nicht die Möglichkeit. Sie ist definitiv. Nur noch das Unheil kann danach seinen Lauf nehmen. Und da sind wir verschiedener Meinung.

Unter zwei Bedingungen müßte ich Andreas Grünwald zugeben, daß „die Sache mit der PDS gelaufen ist“.

1. Wenn der Parteitag dort, wo er „realpolitisch“ Position bezog, formulierte oder klar erkennbare Interessen wirklicher Bewegungen einem Anpassungsprozeß geopfert hätte. Auch nach abermaliger Lektüre des Steuerantrages bleibe ich bei der Meinung, daß hier die Partei ihre Position im Konflikt zu

PDS-Diskussion Linke Politik, die zur Sache kommt, hat eine Chance

den Hauptströmungen der bürgerlichen Gesellschaft konkretisiert. Ich finde es theoretisch und praktisch interessant, daß die PDS sich die Mühe machte, eine Lösung wie „Sozial und solidarisch“ bis auf die Finanzierungsschritte hin durchzuführen, man war eben nicht damit zufrieden, den angenehmen Klang einfach nur so tönen zu lassen.

2. Wenn der Parteitag bei seinen Satzungsvereinbarungen jene Bestimmungen des Statuts eliminiert hätte, die es ideologischen Plattformen erlauben, argumentativ zu wirken, d.h. auf Parteitag und im Parteileben mit Argumenten aufzutreten, die nicht „mehrheitsfähig“ sind.

Der gesicherte Zugang der Plattformen zum Parteileben drückt aus, daß die Partei einen Unterschied zwischen dem Argument und dem Beschluß macht. Die Folge der vorgesehenen Satzungsvereinbarung wäre gewesen, daß theoretische oder weltanschauliche Richtungen Delegierte auf den jeweiligen Ebenen durchbringen müssen, um Argumentationszusammenhänge überhaupt klarmachen zu können. Gysi und andere haben nicht verhehlt, daß sie den

Fraktionskampf in diesem Sinne suchen. Aber die übergroße Zahl der Delegierten wollte das nicht.

Schon diese beiden Punkte reichen mir, die Aussage: „Die Sache mit der PDS ist gelaufen“, zu bestreiten. Die Widersprüche, die der Parteitag offenbart hat, bestimmen uns nicht zu Figuren in einem miesen Stück. Ich höre aus den vielstimmigen Parteitagsgesprächen auch eine Botschaft an die Genossinnen und Genossen, die in der Minderheit kämpften, und betreffend die Fragen, in denen sie in der Minderheit blieben.

1. Wir können unsere gesellschaftskritischen Positionen nur behaupten, wenn und soweit wir uns auf die Analyse der konkreten Mechanismen in der kapitalistischen Gesellschaft der BRD einlassen. Die Realpolitik ist für die Linke nicht, wie Andreas meint, der Sumpf, in dem alles versinkt, sondern eher schon das Mistbeet, auf dem eine Kritik wachsen kann, die im Klassenkampf fruchtet.

2. Im Satzungskonflikt wollte die Parteiführung die Institutionalisierung von Meinung erreichen. Die Folge wäre Gleichschaltung. Das hat der Parteitag der Parteiführung nicht durchgehen lassen, die es in ihrer Logik der Vereinheitlichung und klaren Profilierung immerhin irgendwie hat begründen können. Wer dergleichen aus Ansätzen „Partei von unten“ oder „diskursive Partei“ oder „linker Pluralismus“ oder „Basisorientierung“ versucht, muß also doppelt scheitern.

In der Vorbereitung und Führung des Bundestagswahlkampfes wird sich in einer Vielzahl konkreter Fragen das Problem stellen, wie sozialistische Politik konkretisiert werden kann. Eine politische Partei wie die PDS kann wichtige Beiträge dazu leisten, die Frontstellung zwischen den sozialen und politischen Bewegungen und den Automatismen wie gezielten Gemeinheiten des kapitalistischen Systems der BRD klarer zu machen.

Linke Politik, die zur Sache kommt, hat eine Chance. (maf)

TERMINE

1. März: Bildungspolitische Arbeitstagung der PDS: *Bildung zwischen Staat und Markt. Der staatliche Bildungsauftrag, Autonomie, Schulprofil und neue Steuerung im Schulbereich.* Plenum, Arbeitsgruppen und Podiumsdiskussion. 4 AGs mit den Themen: 1. Autonomie, Schulprogramm und Schulentwicklung von unten. 2. Budgetierung - Spartrick? Mehr Selbstverantwortung? Erfahrung. 3. Schulentwicklung durch Strukturveränderung am Beispiel Sachsen-Anhalt. 4. Schule zwischen Markt, Region und Staat - ein Vergleich mit Skandinavien, England, USA und Italien. - Hamburg, Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 15, Beginn 10.30 Uhr. Anmeldung bei: Uli Ludwig, Tel. (0 41 01) 40 45 67, Fax (0 41 01) 40 45 69.

2. März: Kommunalwahlen in Hessen

8./9. März: Frühjahrsarbeitstreffen der Gruppe *Kommunistische Arbeiterzeitung* im Raum Heidelberg. U.a. Bericht der neuen Redaktion, Bericht der Genossen, die der DKP beitreten wollen. Infos und Anmeldungen bei der KAZ-Redaktion, Schwanthalerstr. 139, 80339 München.

14.-16. März: *Marxismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Bilanz und Perspektiven.* Bundesweite offene wissenschaftliche Tagung an der Uni Hannover (Conti-Hochhaus, Königsworther Platz 1) Zum Programm siehe Politische Berichte 3/97 *Jetzt schon vormerken - oder noch besser: anmelden* an: *Marxismus-Tagung, c/o IMSF e.V., Kölner Straße 66, 80327 Frankfurt/M.*

18. März: Bundesweiter Aktionstag: *Solidarität und Widerstand gegen staatliche Unterdrückung*

22./23. März: Kommunalpolitische Konferenz der PDS in Leipzig.

31. Mai: Öffentliches Jahrestreffen von Redaktion und Herausgabekreis des „Kurdistan-Rundbriefs“ in Köln-Riehl, Jugendgästehaus, An der Schanz.

31. 7.-3. 8. Linke Sommerschule in Schnepfenthal

29.-31. 8. UZ-Pressesfest in Dortmund.

Einladung zur Tagung der Arbeitsgemeinschaft Politische Berichte

15. März, Köln, Jugendgästehaus, An der Schanz, Beginn: 8.30 Uhr

Tagesordnung:
1. Konzeptdiskussion Politische Berichte, dazu schwerpunktmäßig: a. Feste Arbeitsstrukturen mit definierten Projekten, die für aktuelle Anfragen offen sind; b. vorbereitete Tagungen, permanent ansprechbare Geschäftsführung; c. was für Arbeiten zu erledigen sind? d. Politische Berichte.
2. Bericht über die Tagung der AG Kommunale Politik, dazu: Zur Begründung des Bedarfs an einem Arbeitskreis für regionale Nachrichten und kommunale Politik. Interessierte (soweit nicht Redaktionsmitglieder oder Herausgeber) sind gebeten, die Sitzungsunterlagen bei der GNN Köln anzufordern.

Einladung zur Frühjahrstagung Bund Westdeutscher Kommunisten - Bundeskonferenz

15./16. März, Köln, Jugendgästehaus, An der Schanz. Beginn am 15.3., 13.00 Uhr

Tagesordnungsvorschlag:
Samstag, den 15.3.:

1. Satzung
2. Arbeitsgruppen
 - AG Osteuropapolitik: Vortrag über die deutsch-tschechischen Beziehungen nach der Erklärung
 - AG Wirtschaft und Hierarchie: Steuerbeschuß des PDS-Parteitag; dazu wird im ArGe-Rundbrief vom 6. März ein erster Beitrag veröffentlicht, für die AG wird versucht, einen Referenten aus der PDS zu gewinnen
 - AG Philosophie: 1. Arbeitsschwerpunkte im nächsten Jahr: Rechtsphilosophie und Repression; 2. zum Thema Repression werden zwei Ausarbeitungen vorliegen: a. Auseinandersetzung BRD/RAF (veröffentlicht im ArGe-Rundbrief vom 6.3.); b. § 20 Vereinsgesetz in Verbindung mit Ausländergesetz: Ermächtigungsgesetze, die entschärft werden müssen.
3. Wahlen
4. Haushalt
5. Weitere Berichte aus dem Vorstand

Sonntag, 16.3., ab 8.30 Uhr:

6. Basis für Militarismus und Antimilitarismus in der Lebensweise. Thesen von Dieter Strützel, Diskussion
7. Berichte aus den Arbeitsgruppen
8. Politische Berichte

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
- erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7.
Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruska, Herbert Stascheit, Hardy Vollmer.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.
Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln,
Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.
Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen: **Berlin:** GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41. **Hamburg:** GNN-Verlag, Palmstraße 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 3 89 83 31. **Hannover:** GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 05 11 / 4 58 37 93. **Köln:** GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73. **München:** GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089 / 5 02 81 12. **Schkeuditz (bei Leipzig):** GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04 / 6 57 11, Fax: 03 42 04 / 6 58 93. **Stuttgart:** GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Politische Berichte - zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

- ☐ 4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).
- ☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM im Jahr)
- ☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse.

Name:

Strasse:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

Bank

Unterschrift:

„Deutsche bei Titos Partisanen 1941–1945“

Kriegsschicksale auf dem Balkan in Augenzeugenberichten und Dokumenten

Das auf dieser Seite vorgestellte Buch erscheint im März im GNN-Verlag (Sachsen/Berlin). Vor dem Hintergrund des Einsatzes der Bundeswehr auf dem Balkan und der fortschreitenden Militarisierung der bundesdeutschen Außenpolitik, aber auch der anhaltenden Diskussionen um die Verbrechen der deutschen Wehrmacht im zweiten Weltkrieg werden darin zahlreiche neue Dokumente über die Teilnahme deutscher Antifaschisten am jugoslawischen Partisanenkrieg erstmals veröffentlicht. Ein Vorwort von Horst Grabert, unter Willy Brandt von 1972 bis 1974 Staatsminister im Kanzleramt und von 1975 bis 1979 Botschafter der BRD in Jugoslawien, und ein Nachwort von Dejan Pavlov Kreculj, Generaldirektor des Instituts für Strategische Studien und Entwicklung der Universität „Braca Karic“ in Belgrad und Mitglied des Rates der Kämpfer des Volksbefreiungskrieges Jugoslawiens, runden das Buch ab. Wir dokumentieren aus der Einführung. (rül)

Die Fähigkeit zum Nachdenken unterscheidet den Menschen vom Tier, heißt es ...

Nachdenken übte ein gewisser Oberleutnant Hans-Dieter Walther, Chef der 9. Kompanie, III. Bataillon des 734. Infanterie-Regiments der 704. deutschen Infanterie-Division, als er am 1. November 1941 einen Bericht über eigene „Erfahrungen“ und die seiner Untergebenen in Jugoslawien bei Massener-

Zum Beispiel der deutsche Gefreite Josef Schulz aus Wuppertal-Barmen. Seine Frau erhielt von seinem Kompaniechef, datiert auf den 9. August 1941, die privaten Utensilien ihres Mannes auf dem Postweg und die Mitteilung, er sei bei einem Gefecht „mit serbischen Kommunisten“ an den Folgen eines „Querschlägers in die Lunge“ gefallen. Tatsächlich war er von seinen eigenen Kameraden auf Befehl der Vorgesetzten

einzelne Menschenleben in einer Weise mißachtet wurde, wie das für heute Lebende kaum noch vorstellbar ist ...

Die Autoren haben sich dieses Themas angenommen, weil sie beide mit ihm wissenschaftlich und persönlich, rational und emotional seit Jahrzehnten verbunden sind ...

Der eine Autor, Heinz Kühnrich, lernte schon während seines Geschichtsstudiums an der Leipziger Universität Widerstandskämpfer kennen, erhielt prägende Impulse ... von solchen antifaschistischen Wissenschaftlern wie Walter Bartel, Ernst Engelberg, Walter Markov. In einer Studentengruppe und als Assistent Walter Bartels konnte er am Aufbau des ersten Buchenwaldarchivs und seiner Strukturierung ... mitwirken ... Er lernte deutsche Partisanen kennen, wie die Kommandeure Johann Mucker und Hans Pichler, die in Jugoslawien lebten ... Zu manchen hatte er eine enge persönliche Freundschaft. Manche kennt er „nur“ aus den Akten und Überlieferungen, manche durch deren geschichtliche Aufarbeitung eigener Vergangenheit, wie den Sozialdemokraten Herbert Frister, der die Antifaarbeit in der jugoslawischen Kriegsgefangenschaft erforschte oder Kurt Nettball, der sich mit anderen der Geschichte der Strafddivision 999 annahm.

Beispielgebend für sein enges persönliches Verhältnis zu den damaligen Akteuren des antifaschistischen Kampfes seien hier Werner Illmer und Gerhard Reinhardt genannt. Über Werner Illmer, Zuchthaushaft wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“, Strafddivision 999 als „Wehrunwürdiger“, Einsatz in Griechenland, Partisan der ELAS, Mitbegründer des „Verbandes deutscher Antifaschisten auf dem Peloponnes“, erschossen durch Standgerichtsurteil 1944, fand der Autor in Belgrad fast sensationelles Archivgut ...

Gerhard Reinhardt, ebenfalls Zuchthaushaft, Partisan in Griechenland bei der ELAS und bei Tito in Jugoslawien, war Mitbegründer des Antifaschistischen Komitees deutscher Soldaten „Freies Deutschland“. Er wurde später für Jahre sein Mitarbeiter und Freund.

Der andere Autor, Franz-Karl Hitze, war vor seiner dreißigjährigen diplomatischen Tätigkeit für die DDR als Journalist tätig. Nach dem Zweiten Weltkrieg – als Umsiedler – auf der Suche nach einem politischen Standort, kreuzten anerkannte Widerstandskämpfer gegen das Naziregime, wie der KZ-Häftling Ernst Haberland, der Spanienkämpfer Richard Gladewitz und Eleonore Staimer, die Tochter Wilhelm Piecks, seinen Bildungsweg ... Als Vertreter der DDR kam er mit dem Schicksal deutscher Antifaschisten und Partisanen in Jugoslawien zusammen. Er nahm am diplomatischen Akt der Kranzniederlegung an einem Denkmal für deutsche Gefallene des Partisanenkrieges in Mikleus teil, was mehr als ein diplomatischer Akt war und ihn auswählte, wenn er fern von Deutschland an der letzten Ruhestätte von Deutschen stand, die sich dem Nazikrieg verweh-

Heinz Kühnrich, Franz-Karl Hitze: Deutsche bei Titos Partisanen. Kriegsschicksale auf dem Balkan in Augenzeugenberichten und Dokumenten. 274 Seiten, mit zahlreichen Fotos und Dokumenten, Preis 24,80 DM. ISBN 3-929994-83-6. GNN-Verlag Sachsen/Berlin, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz.

Aus dem Inhalt:

„Wetterwinkel Europas“ und „Barometer der Gesamtkriegslage“ • Nachdenken über Erschießungen • Hitlers Weisung, Jugoslawien als Staatsgebilde und militärisch zu zerschlagen • Man kennt sie nur als „Fritz“ und „Johann“ • Mehrfrontenkrieg: Tito contra Mihailovic • Ribbentrops Diplomaten und die Aufstandsbekehrung • Hitlers Generäle: „... bis auf den letzten Mann niederzumachen“ • Die „allgemein klare Linie“ des Massenmords • Prinz Eugen, die Waffen-SS und die „Volksdeutschen“ • Ackermann als „Strippenzieher“ in Banja Luka • Page auf der Insel Mljet • „Thälmann“-Partisanen • Kommissar Mucker erzählt • Vom „Nebenkriegsschauplatz“ zum Rückzugsgebiet der Heeresgruppe • Unternehmen „Rösselsprung“ • Alliierte Militär-Missionen mit doppelbödriger Politik • Noschka, Schöne und andere • Fischers Funkbrücke • Wo sind die Memoiren von Knak? • Weil er „Banden Vorschub leistete“: Tod durch Erschießen • Mit dem NKFD in der „Festung Belgrad“ • Das AKFD aus Griechenland tritt auf Titos Seite über • Harnack als „Kommandant des Partisanenlagers“ • Tod deutscher Partisanen durch Titos Kämpfer • Krajewski als Aufklärer in Zagreb • Warum Major Stoltze Feldwebel Reiche vermißte • Burkhardt: Als 999er zur Dalmatinischen Brigade • Francke verhindert Sprengung von Dubrovnik • „Überraschung“ im KZ Buchenwald • Deutsche Kriegsgefangene in Jugoslawien • Listen und ihre „Intimitäten“ • „Brüderliche Grüße“ zwischen Pieck und Tito • Aus Albanien über Jugoslawien in die Heimat • „Unauslöschliche Erinnerungen“ und was aus ihnen auf Stalins Geheiß wurde • Defizite im Geschichtsbild der BRD und der DDR, Brüche in der Biographie im Nachkriegsdeutschland.



schießungen niederschrieb. Er notierte alles, den pioniertechnischen Vorgang des Grubenaushebens, das Verhalten der Opfer und die „seelische“ Lage der Täter, der beteiligten deutschen Soldaten.

Ärgerlich vermerkt er: „Das Ausheben der Gruben nimmt den größten Teil der Zeit in Anspruch“, um dann befriedigter festzustellen, „während das Erschießen selbst sehr schnell geht (100 Mann 40 Minuten) ...“ Walther nennt seine lebenden Zielscheiben „Juden“ und „Zigeuner“, obwohl bekannt ist, daß unterschiedslos ganze Ortschaften, mitunter Tausende Einwohner einer Stadt (wie Kragujevac und Kraljevo), Hunderte eigens zu diesem Zweck in Geisellagern gefangengehaltene Opfer in wenigen Stunden massenweise erschossen wurden, ohne vorher zu fragen, wer sie sind ... Fast mit Empörung stellte Walther dabei fest: „Einige sprangen sogar vor der Salve in die Grube und versuchten, sich tot zu stellen.“

Da verhielten sich seine Soldaten schon anders, wenn sie diesem „Feind“ mit der Waffe im Anschlag gegenüberstanden. Sie waren „Helden“ und kannten keine Skrupel. Zumindest nicht immer. Walther schrieb: „Anfangs waren meine Soldaten nicht beeindruckt. Am 2. Tage machte sich schon bemerkbar, daß der eine oder andere nicht die Nerven besitzt, auf längere Zeit eine Erschießung durchzuführen. Mein persönlicher Eindruck ist, daß man während der Erschießung keine seelischen Hemmungen bekommt. Diese stellen sich jedoch ein, wenn man nach Tagen abends in Ruhe darüber nachdenkt.“¹ Sofern überhaupt darüber nachgedacht wurde, denn das Auslösen von Menschenleben, der planmäßige und von der Führung befohlene Mord wurde zur Routine.

Und doch gab es einige, die nicht nur nachdachten, sondern auch Schlußfolgerungen ganz anderer Art zogen, als ihnen die Befehle wiesen.



Oben: Ein Bild, das eine Geschichte erzählt.

Links: Der Gefreite Josef Schulz, ermordet, weil er sich weigerte, Geiseln zu erschließen.

erschossen worden, weil er sich weigerte, an der Ermordung von 15 Geiseln teilzunehmen. Nur ein Zufall brachte drei Jahrzehnte später diese Wahrheit an das Licht. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Wilderich Freiherr Ostman von der Leye interessierte sich für die Geschichte eines Fotos, auf dem jugoslawische Geiseln vor ihrer Erschießung zu sehen waren. Unter ihnen ein deutscher Soldat, ohne Waffe und ohne den Helm, den andere auf dem Foto sichtbare deutsche Soldaten trugen. Nach fünfjährigen Ermittlungen stand fest: Das war Josef Schulz. Ostman von der Leye stellte dazu fest: „Mir ging es nicht darum, daß dieses Verbrechen noch gesühnt wird. Es ging mir darum, einen Mann zu ehren, der mehr Mut bewiesen hat, als so mancher hochdekorierte Kriegsheld.“

Auch andere haben „nachgedacht“, manche unter dem Eindruck der Kriegserlebnisse und in Kenntnis von miterlebten oder von gehörten Verbrechen, mancher schon frühzeitig, bevor die Nazipartei im Jahre 1933 an die Macht gelangen konnte oder im Wissen um die Gewaltpolitik des NS-Regimes gegen das eigene Volk und den Kurs auf einen Weltkrieg. Wir werden Dutzende Deutsche vorstellen, deren „Nachdenken“ zum Übergang auf die Seite der Partisanen Titos und des antifaschistischen Kampfes führte. Und zwar in einer Umgebung, die von einem erbarmungslos geführten Krieg geprägt war, in der das

ten und auf der Seite von Titos Freiheitskämpfern ihr Leben verloren.

Tief ins Gedächtnis eingegraben haben sich ihm die Bilder vom Besuch des Gedenkparcs in Kragujevac. Für die von der deutschen Wehrmacht am 20. und 21. Oktober 1941 gemordeten 7000 Bürger der Stadt und umliegender Dörfer wurden in Sumarica weithin sichtbare monumentale Denkmäler errichtet. Erschüttert stand er im Museum der Mahn- und Erinnerungsstätte von Kragujevac ...

Bis heute verbindet ihn eine jahrzehntelange Freundschaft mit Hans Burkhardt, dem ehemaligen 999er aus Berlin. Dessen Schilderungen über die Verhandlungen vor dem Feldgericht in Podgorica, wo ihn eigentlich das Todesurteil erwartete, bis in die Apriltage 1944 auf der Insel Pag, wo er gemeinsam mit 120 Wehrmachtsangehörigen auf die Seite der jugoslawischen IV. Armee übergang, werden unvergessen bleiben. Ebenso die persönliche Begegnung mit Eberhard Charisius, dem ehemaligen Frontbevollmächtigten des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, in Dresden ...